

## RT DE: News, Analyse und Meinung

### Artikel der Woche, 17.11.–23.11.2023

#### Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse.....	10
Meinung.....	25

#### News

#### Russischer Chefökonom: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird Erwartungen übertreffen

<https://freedert.online/russland/187319-russischer-chefoekonom-wachstum-von-bruttoinlandsprodukt-wird-erwartungen-uebertreffen/>

17.11.2023

**Laut dem Chefökonom der staatlichen russischen Entwicklungsgesellschaft VEB.RF hat sich die Wirtschaft weitgehend von den Sanktionen erholt. Laut dem Experten könnte das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis Ende des Jahres sogar noch 3,2 bis 3,3 Prozent erreichen.**

Die russische Wirtschaft könnte in diesem Jahr stärker wachsen als bisher prognostiziert, erklärte Andrej Klepach, Chefökonom der staatlichen russischen Entwicklungsgesellschaft VEB.RF, am Donnerstag.

Klepach zufolge könnte das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis Ende des Jahres 3,2 bis 3,3 Prozent erreichen. Klepach sagte während der Plenarsitzung des Forums Cities of Russia in Jekaterinburg:

*"Die Makroökonomie, insbesondere in diesem Jahr, gefällt uns sehr gut, denn die Ergebnisse sind in der Tat besser, als alle erwartet haben."*

Der Analyst erwartet, dass die Realeinkommen der russischen Bevölkerung in diesem Jahr trotz des Inflationsdrucks um etwa 5 Prozent steigen werden.

Das russische Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung prognostizierte bisher ein BIP-Wachstum von 2,8 Prozent im Jahr 2023. In der vergangenen Woche erklärte der Leiter des Ministeriums, Maxim Reschetnikow, dass er angesichts der Wachstumsrate der letzten beiden Quartale eine bessere Leistung erwarte und hob die Prognose auf 3 Prozent an.

Nach Schätzungen der Zentralbank verzeichnete die Wirtschaft sowohl im zweiten (4,9 Prozent) als auch im dritten Quartal (5,1 Prozent) ein deutliches Wachstum. Die Regulierungsbehörde erwartet ein jährliches Wachstum von 2,2-2,7 Prozent bis zum Jahresende.

Russland ist seit letztem Jahr wegen des Ukraine-Konflikts mit beispiellosen Wirtschaftssanktionen des Westens konfrontiert, die die Wirtschaft bis Ende 2022 um 2,1 Prozent schrumpfen ließen. Jüngste Daten zeigen jedoch, dass sich das Land bereits weitgehend von diesem Einbruch erholt hat.

\* \* \*

## **Helsinki: Kundgebung gegen Schließung von Kontrollpunkten an Grenze zu Russland**

<https://freedert.online/international/187448-helsinki-kundgebung-gegen-schliessung-von-kontrollpunkten-an-grenze-zu-russland/>

18.11.2023

**Mehr als hundert russische Staatsangehörige haben in Helsinki gegen die Schließung von vier Kontrollpunkten an der Ostgrenze demonstriert. Die Demonstranten erklärten, die Entscheidung der finnischen Behörden würde die Familienzusammenführung behindern.**

In Finnland lebende Russen haben am Samstag, dem 18. November vor dem Parlamentsgebäude in Helsinki eine Kundgebung gegen die Schließung von vier Grenzübergängen abgehalten, berichtete *Helsingin Sanomat*.

Der Zeitung zufolge brachten die Demonstranten ihre Unzufriedenheit mit der Politik der Behörden zum Ausdruck und waren besorgt, dass die Schließung der Grenzübergänge die Familienzusammenführung behindern würde. Die meisten der Demonstranten hatten die doppelte Staatsbürgerschaft oder eine Aufenthaltsgenehmigung für Finnland. Die Demonstranten riefen auf Finnisch:

*"Die Grenzen müssen offen sein! Öffnet die Grenzen!"*

Einer der Demonstranten namens Sergei sagte *Helsingin Sanomat*, er versteht die Komplexität der Situation an der Grenze, aber es gibt "keine einfachen Lösungen für komplexe Probleme". Er ist der Meinung, dass Finnland sich mit solchen Maßnahmen selbst schadet.

Eine andere Demonstrantin, Nadeschda, sagte der Zeitung, dass es für sie sehr viel schwieriger wird, ihre Familie zu sehen, wenn die gesamte Ostgrenze geschlossen wird. Die Frau betonte:

*"Es ist sehr wichtig für uns, dass wir unsere Lieben und Verwandten sehen und uns um sie kümmern können."*

Die finnische Zeitung schätzt, dass mehr als hundert Menschen aller Altersgruppen, darunter

mehrere Familien mit Kindern, an der Aktion teilnahmen. Ein Korrespondent von *RIA Nowosti* berichtet von etwa 300 Demonstranten.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur waren auf den Plakaten die folgenden Slogans zu sehen: Perhesiteet eivät ole etuoikeus! ("Familienbande sind kein Privileg!"), Perheetön Joulu 2023 ("Weihnachten ohne Familie 2023"), Perheille SEIS, mutta kaasua tulee ("Stopp für die Familie, aber nicht für Gas"), Liikkumisen vapaus on perusoikeus ("Freizügigkeit ist ein Grundrecht"), Rajoitukset tappavat ("Einschränkungen töten").

Ende 2022 lebten 159.966 Personen mit ständigem Wohnsitz in Finnland, die neben der finnischen auch die Staatsangehörigkeit eines anderen Landes besitzen. Nach Angaben des statistischen Dienstes der Republik ist die mit 37.813 Personen größte Gruppe von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft nach wie vor russische Staatsbürger.

Zuvor war in Finnland auch eine Petition gegen die Schließung der Grenzkontrollstellen an der Grenze zu Russland eingereicht worden. Den Verfassern zufolge widerspricht die Entscheidung der Behörden "den Menschenrechten" und "zerbricht Familienbande". Die Petition wurde bereits von mehr als 9.600 Menschen unterzeichnet.

Seit dem 18. November hat Finnland beschlossen, vier Grenzübergänge an der Grenze zu Russland zu schließen. Es handelt sich um die Punkte Vaalimaa (von der russischen Seite Torfjanowka), Nuijamaa (Brusnitschnoje), Imatra (Swetogorsk) und Niirala (Wjartsilja), die bis mindestens 18. Februar 2024 geschlossen werden. Insgesamt gibt es neun Kontrollpunkte an der russisch-finnischen Grenze.

Helsinki begründete seine Entscheidung mit der wachsenden Zahl von Asylbewerbern, die nicht über die erforderlichen Dokumente verfügen. Nach Angaben des finnischen Grenzdienstes kommen vor allem Migranten aus dem Irak, dem Jemen und Somalia ins Land. Der finnische Ministerpräsident Petteri Orpo begründete dies damit, dass die russische Seite begonnen habe, Ausländer ohne Einreiseerlaubnis nach Finnland einzulassen.

Russlands Außenministerium bezeichnete die Idee Helsinkis als destruktiv und warnte, dass sie "zu neuen Trennlinien in Europa führen" würde. Der Kreml erklärte, Russland habe Finnland nie gedroht, und Helsinki habe den falschen "Weg der Konfrontation" gewählt.

\* \* \*

## **US-Netzwerk verwaltet Pro-Nawalny-Troll-Farm**

<https://freedert.online/international/187249-us-netzwerk-verwaltet-pro-nawalny-troll-farm/>

19.11.2023

**Eine NGO, die von Alexei Nawalny gegründet wurde, betreibt ein umfangreiches Netzwerk von bezahlten Online-Trollen, um die russische Regierung anzugreifen. Die Gruppe beschäftigt Berichten zufolge bezahlte Online-Kommentatoren.**

Eine vom inhaftierten russischen Oppositionspolitiker Alexei Nawalny gegründete Nichtregierungsorganisation betreibt laut einer am Mittwoch veröffentlichten Medienrecherche ein riesiges Netzwerk bezahlter Online-Trolle, die sowohl die Regierung in Moskau als auch ihre politischen Gegner angreifen.

Der bahnbrechende Bericht über das Troll-Netzwerk, das angeblich mit der Antikorruptionsstiftung (FBK) in Verbindung steht, wurde von *SVTV* veröffentlicht, einem Online-Portal, das vom

russischen libertären Blogger und Aktivisten Michail Swetow gegründet wurde.

In der Untersuchung, die sich auf umfangreiche Dokumente stützt, die von einem ehemaligen Mitarbeiter zur Verfügung gestellt wurden, wird behauptet, dass die FBK das bezahlte Trollprogramm seit mindestens zwei Jahren betreibt. Die Gruppe verlegte ihre Aktivitäten 2021 ins Ausland, nachdem ein Moskauer Gericht sie als extremistische Organisation eingestuft und ihre Auflösung angeordnet hatte.

Dem Bericht zufolge wurde das Pro-FBK-Troll-Netzwerk von der Free Russia Foundation (FRF) finanziert, einer in Washington ansässigen NGO, die seit 2014 aktiv ist und steuerfreie Spenden von US-Sponsoren für die "Zivilgesellschaft und demokratische Entwicklung in Russland" erhält. Sie hat auch ein Büro in der Ukraine.

Den Vorsitz im Vorstand der FRF hat David Kramer, Senior Fellow am McCain Institute und ehemaliger stellvertretender Staatssekretär im US-Außenministerium. Zu den Vorstandsmitgliedern gehört auch Paige Alexander, eine ehemalige stellvertretende Verwalterin bei USAID, der Regierungsbehörde, die für die Zuweisung US-amerikanischer Gelder im Ausland zuständig ist.

In dem Bericht heißt es, dass die FRF die Trollarbeit an Reforum, eine in Litauen ansässige gemeinnützige Organisation, vergeben hat. Offiziell bezahlt Reforum Auftragnehmer für die Durchführung von "Social-Media-Management-Beratungen".

Laut *SVTV* hat das Reforum-Netzwerk etwa 200 bezahlte Online-Kommentatoren, die von mehreren Büros in Vilnius, Litauen, und Tiflis, Georgien, aus arbeiten. Laut den von *SVTV* veröffentlichten Screenshots wurden die Trolle angewiesen, Fotos von echten Personen zu verwenden, die zuvor den Zugang zu ihren Konten verloren hatten, und bei der Erstellung ihrer gefälschten Profile zufällige Namen einzufügen.

Die Kommentatoren erhalten im Durchschnitt zehn Euro pro Stunde und verdienen je nach Leistung etwa 1.200 bis 1.800 Euro pro Monat. Sie bezeichnen sich auch als "Elfen", die gegen "russische Trolle" und "Orks" kämpfen.

Das Pro-Nawalny-"Elfen"-Netzwerk hat sich hauptsächlich auf den Konflikt zwischen Moskau und Kiew konzentriert. Berichten zufolge wurden die Auftragnehmer mit Links zu Beiträgen versorgt, die sie kommentieren sollten, sowie mit Listen von vorab genehmigten Argumenten. Dies führte häufig dazu, dass nahezu identische Kommentare unter denselben Beiträgen erschienen, heißt es in dem Bericht.

Neben dem Russland-Ukraine-Konflikt konzentrierte sich das Netzwerk auch auf andere Vorfälle und Nachrichten aus Russland und versuchte, die Behörden in einem negativen Licht darzustellen. Die "Elfen" verfolgten auch FBK-Gegner und andere Oppositionelle, die nicht mit Nawalny übereinstimmten, während sie positive Kommentare unter den von der FBK veröffentlichten Inhalten hinterließen.

FBK-Direktor Iwan Schdanow sagte, die Behauptungen, der Fonds setze auf Trolle, seien "völlig falsch".

"Dieses Netzwerk hat absolut nichts mit der Antikorruptionsstiftung oder mir persönlich zu tun", schrieb er auf X (früher Twitter). "Ich bin bereit, das vor Gericht zu beweisen."

\* \* \*

## Quantensprung beim Mentalitätswechsel – DGAP bereitet Deutschland auf Krieg mit Russland vor

<https://freedert.online/inland/187509-quantensprung-beim-mentalitaetswechsel-dgap-bereitet-deutschland-krieg-russland/>

20.11.2023

**Deutschland muss einen "Quantensprung" wagen: Die Bundesregierung muss binnen kürzester Frist die Bundeswehr personell stärken, die Rüstungsproduktion ausweiten und die Resilienz bei der Bevölkerung verbessern. Das geht aus einem Strategiepapier der DGAP hervor. Voraussetzung dafür sei ein grundlegender Mentalitätswechsel in der Gesellschaft.**

Der regierungsnahe Think-Tank "Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)" geht fest davon aus, dass Russland einen Angriff auf das NATO-Gebiet im Baltikum plant. Es warte nur auf ein "Fenster der Möglichkeiten". Deshalb müssen Deutschland und die NATO spätestens in zehn, besser aber in sechs Jahren einen russischen Angriff abwehren können. So viel Zeit lassen die Militärexperten der DGAP, Christian Mölling und Torben Schütz, Russland für die Rekonstitution seiner Armee zu einem Zustand hin, auch NATO-Länder direkt angreifen zu können.

In einem Policy-Brief skizzieren die beiden Autoren die Maßnahmen, die Deutschland ergreifen muss, um Russland nicht nur abschrecken, sondern auch den realen Krieg gegen die Atommacht führen zu können: Die Frage lautet also nicht, ob Deutschland und die NATO kriegsfähig sein müssen, sondern bis wann.

Die DGAP geht davon aus, dass Russland, in historisch-imperialen Dimensionen denkend, die Motivation hat, die Größe Russlands wiederherzustellen und den Einfluss von NATO und EU zurückzudrängen. Die durch den Ukraine-Krieg gestiegene Kriegsfähigkeit mache das Vorhaben möglich. Jedenfalls sei die russische Kriegsfähigkeit größer, "als es der momentane Eindruck vermittelt".

In einem Artikel für den *Tagesspiegel*, beschreiben Mölling und Schütz Russland als einen irrationalen, unberechenbar handelnden Akteur, der allerdings lange "überschätzt" war: "Niemand weiß, ob Russland wirklich die NATO angreifen würde. Die Vergangenheit zeigt jedoch zwei Fehleinschätzungen: Die militärische Stärke Russlands wurde lange Zeit überschätzt, aber seine Risiko- und Kriegsbereitschaft hat gerade Deutschland stark unterschätzt", so die Autoren des Artikels.

Demzufolge wird Russland unterstellt, dass es Pläne für einen Angriff auf die östlichen NATO-Gebiete hat, was Deutschland dazu treibt, entsprechende eigene Abwehrmaßnahmen beliebig umfassend zu formulieren. Diese erstrecken sich auf drei Bereiche: Wiederaufbau der Bundeswehr zur stärksten europäischen NATO-Armee, Erneuerung der rüstungsindustriellen -Basis und der Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz. Außerdem gilt der russische Angriff nicht nur militärischen Zielen, sondern der "gesamten Bandbreite der Schwächen westlicher Gesellschaften".

Damit der Westen eine Chance hat, müsste er im Wettlauf Russland zeitlich zuvorkommen und besser schon in sechs statt zehn Jahren komplett kriegsfähig werden. Das erfordert einen grundlegenden Mentalitätswechsel und einen "Quantensprung" in den erwähnten Bereichen Militär, Industrie und Gesellschaft:

*"Der viel geforderte Mentalitätswechsel wird nur geschehen, wenn die Gesamtverteidigung ein Teil des Alltags von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft wird."*

Einen Startpunkt für den Wandel des Alltags könnte laut der DGAP die Bundesregierung setzen, indem sie gemeinsam mit den Landesregierungen und den Parlamenten eine sicherheitspolitische Dekade ausruft: einen auf zehn Jahre angelegten Gesellschaftsvertrag, um Deutschland auf mögliche zukünftige Konflikte vorzubereiten. Konkret soll ein Resilienzpraktikum die Bundesbürger und andere Einwohner faktisch zu einem Reservistenheer machen:

*"Statt einer militärischen Dienstpflicht sollte es in den Bereichen, die für die Gesamtverteidigung relevant sind, ein verpflichtendes Praktikum für alle in Deutschland lebenden Menschen im Alter von 18 bis 65 Jahren geben."*

Den Experten schwebt eine mobilisierte, hoch motivierte Gesellschaft vor, als mediales Vorbild dient das nach dem "brutalen Angriff eines Aggressors" angeblich geeinte Volk der Ukraine. Resilienz muss jede Pore der Gesellschaft durchdringen, die "Mikroebene": Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, öffentliche Einrichtungen, Vereine und Betriebe. Es sei wichtig, betonen die Experten, die Bevölkerung intensiv an der Ausgestaltung der sicherheitspolitischen Dekade zu beteiligen, denn durch Identifikation (Ownership), Wettbewerbe, Weiterbildungen, Trainingscamps und viele andere interaktive Formate werden die -Befähigung und die Motivation der Menschen zur Resilienz gestärkt.

Eine besondere Rolle kommt auch auf die Privatwirtschaft zu. Sie könnte nämlich bei der Finanzierung ("Investitionen") des Ganzen einspringen. Die Rede ist von den Anreizen, "die für die Gesamtverteidigung wichtigen Bereiche in der Privatwirtschaft und Gesellschaft zu identifizieren". Etwas konkreter werden die DGAP-Experten, als es um die Forderungen nach mehr Ressourcen für die Zivilverteidigung geht:

*"Integraler Bestandteil der Gesamtverteidigung ist eine Neubestimmung des Verhältnisses von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, denn viele Infrastrukturen befinden sich in privater Hand."*

Mit anderen Worten: Die Unternehmen, ob klein oder groß, werden auf die eine oder andere Weise zur Kasse gebeten. Tun sie das nicht, steht das revisionistisch-imperialistische Russland vor der Tür: Dazwischen liegen nur Polen und das Baltikum, die früher Teile der Vorläuferstaaten der Russischen Föderation waren.

Interessant in dem Papier sind nicht nur die Pläne, die die deutsche Bevölkerung auf dem Weg zu der von Verteidigungsminister Boris Pistorius proklamierten Kriegstüchtigkeit unmittelbar betreffen könnten, sondern auch die Einschätzungen zum gegenwärtigen Kriegsgeschehen in der Ukraine. DGAP macht keine Angaben, wie und wann genau der Krieg enden könnte, geht aber davon aus, dass die Ukraine in absehbarer Zukunft Teil der NATO und weiterhin ein "herausragender militärischer und geostrategischer" Stützpunkt des globalen Westens bleiben sollte.

Es ist sogar von der nächsten ukrainischen Offensive die Rede, die Russland eine Niederlage auf ukrainischem Gebiet zufügen und infolgedessen die Kampfkraft Russlands reduzieren könnte – bis zu einer strategischen Niederlage hin. Nur wenige Zeilen entfernt, schreiben die Experten im gleichen Dokument, dass Russland aus dem Krieg gegen die Ukraine gestärkt hervorgehen und Europa durch seine erfolgreiche Kriegswirtschaft und kampferprobte Armee unmittelbar bedrohen könnte.

So werden verschiedene Szenarien und Optionen durchgespielt. Kriegstüchtig und resilient muss Deutschland aber auf jeden Fall sein, auch um dem Anführer der westlichen Welt, Joe Biden, in seinem bevorstehenden Wahlkampf zu helfen, und zwar großzügig – sonst könnte die USA ihre Unterstützung für die Verteidigung Europas verringern:

*"Der Moment ist günstig: Die USA erwarten mehr Eigenständigkeit von Europa, und wenn es Europa gelingen würde, den Vorwurf einer unfairen Lastenverteilung zu entkräften, würde dies Präsident Biden im Wahlkampf helfen."*

Es bleibt also abzuwarten, inwieweit und ob die Politik den Empfehlungen der DGAP folgen wird. Interessant wäre auch zu sehen, welche Reaktionen die vorgeschlagenen "Resilienzmaßnahmen" bei der Bevölkerung hervorrufen, sollte irgendwann doch versucht werden, diese in die Tat umzusetzen.

\* \* \*

## **Russischer Diplomat: Kiews Truppen verfolgen Zivilisten mit Kampfdrohnen**

<https://freedert.online/russland/187663-russischer-diplomat-kiews-truppen-verfolgen/>

21.11.2023

**Laut Rodion Miroshnik, Russlands Sonderbotschafter für Verbrechen der Ukraine, greift das ukrainische Militär soziale Einrichtungen unter anderem mit Angriffsdrohnen gezielt zu dem Zeitpunkt an, wenn sich dort viele Menschen aufhalten.**

In jüngster Zeit haben die Streitkräfte der Ukraine unter Einsatz von Kampfdrohnen eine massive "Verfolgungsjagd" auf die Zivilbevölkerung sowie nicht-militärische Fahrzeuge in der Russischen Föderation veranstaltet. Rodion Miroshnik, der im russischen Außenministerium als Sonderbotschafter für Verbrechen des Kiewer Regimes zuständig ist, äußerte sich zu dem Thema auf einer Pressekonferenz am Dienstag. Laut dem Diplomaten wurden solche Attacken in den vergangenen Wochen zur täglichen Praxis ukrainischer Einheiten.

Miroshnik hob hervor, dass die Drohnenpiloten genau sehen, wen und wie sie angreifen. Daten aus den vergangenen Monaten bestätigten, so Miroshnik weiter, dass bewaffnete Formationen der Ukraine sowie ausländische Söldner bei ihren gezielten Angriffen auf soziale Einrichtungen Momente auswählten, in denen sich dort eine größere Anzahl von Zivilisten aufhalte. Hierbei kämen von westlichen Ländern gelieferte Langstrecken- und Hochpräzisionswaffen zum Einsatz. Des Weiteren wies der russische Diplomat darauf hin, dass Kiews Truppen systematisch auf wahllosen Beschuss mit Sprengwaffen zurückgriffen und diese mit terroristischen Methoden einsetzten.

*"Mehrfachraketen der Typen HIMARS, GMLRS und deren Modifikationen, die von verschiedenen Staaten der westlichen Ramstein-Kooperation hergestellt wurden, aber auch Granaten im Kaliber 155 Millimeter mit Streuladungen, Drohnen, die aus westlichen Komponenten zusammengesetzt wurden, Steuersysteme, Sprengkörper und Gefechtsköpfe werden massiv eingesetzt."*

Weiter betonte Miroshnik, dass Kiews Kräfte gewöhnlich Rettungskräfte sowie das medizinische Personal gezielt attackierten, wenn diese nach dem Beschuss vor Ort angekommen seien, um Hilfe zu leisten.

Darüber hinaus berichtete Miroshnik bei der Pressekonferenz in Moskau über andauernde Versuche der ukrainischen Armee, die Stadt Energodar im Gebiet Saporoschje und das naheliegende Kernkraftwerk Saporoschje anzugreifen. Jede Woche gebe es 70 bis 150 versuchte Attacken mit Kampfdrohnen. Somit wolle die Führung in Kiew eine Atomkatastrophe herbeiführen. Zudem erwähnte der Sonderbotschafter des russischen Außenministeriums versuchte Angriffe der ukrainischen Streitkräfte auf andere atomare Objekte, die von Russland kontrolliert werden. So sei

am 26. Oktober dieses Jahres das AKW Kursk von drei unbemannten Luftfahrzeugen attackiert worden. Russland habe die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) über all diese Attacken informiert, durch die die Gefahr einer grenzübergreifenden nuklearen Verseuchung entstanden sei.

\* \* \*

## **BRICS-Krisengipfel zum Gaza-Krieg: Globaler Süden fordert sofortige Einstellung der Kampfhandlungen**

<https://freedert.online/international/187782-brics-krisengipfel-zum-gaza-krieg/>

22.11.2023

**Die BRICS-Staaten fordern ein umgehendes Ende des andauernden Krieges im Gazastreifen. Es gelte, eine weitere Destabilisierung und Eskalation der Gewalt zu verhindern, heißt es in einer Erklärung zum Abschluss eines virtuellen, außerordentlichen Treffens der Gruppe. Eine Einigung der BRICS-Staaten über den Gaza-Krieg steht noch aus.**

Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (BRICS) forderten am Dienstag ein umgehendes Ende des andauernden Krieges im Gazastreifen. Es gelte, eine weitere Destabilisierung und Eskalation der Gewalt zu verhindern, heißt es in einer Erklärung zum Abschluss eines virtuellen außerordentlichen Treffens der Gruppe. Die BRICS unterstrichen zudem die Notwendigkeit einer Zweistaatenlösung zur Beilegung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern. Gewaltakte, die sich gegen palästinensische und israelische Zivilisten richteten, würden verurteilt, darunter Kriegsverbrechen, wahllose Angriffe sowie alle Akte der Provokation, Aufwiegelung und Zerstörung. Dies gelte auch für jede Art von Deportation von Palästinensern aus ihrem eigenen Land.

Chinas Staatschef Xi Jinping sagte, sein Land sei besorgt darüber, dass der Konflikt "enorme zivile Opfer und eine humanitäre Katastrophe" verursache. Die Konfliktparteien müssten einen sofortigen Waffenstillstand erreichen und jegliche Gewalt gegen Zivilisten einstellen. Russlands Präsident Wladimir Putin erklärte, die BRICS-Gruppe könne zu einer "politischen Lösung" des Konflikts beitragen. Südafrikas Staatspräsident Cyril Ramaphosa hatte mit scharfer Kritik an Israel den virtuell abgehaltenen Gipfel eröffnet. Er warf Israel unrechtmäßige Anwendung von Gewalt und Kriegsverbrechen vor. Der iranische Präsident Ebrahim Raisi, dessen Land voraussichtlich am 1. Januar 2024 den BRICS-Staaten beitreten wird, forderte seine Amtskollegen auf, Israel als "Terrororganisation" zu bezeichnen. Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman (MbS) appellierte seinerseits an die internationale Gemeinschaft, den Waffenverkauf an Israel einzustellen.

Wie eine Sprecherin am Dienstag mitteilte, wird eine gemeinsame Erklärung zum BRICS-Gipfel noch erarbeitet. Das südafrikanische Parlament stimmte inzwischen mehrheitlich für eine Schließung der israelischen Botschaft in Pretoria. Der entsprechende Antrag fand am Dienstagabend eine Mehrheit von 241 Abgeordneten.

\* \* \*

## Kiew will keine Ausnahmen für ungarische Minderheit machen

<https://freedert.online/europa/187875-kiew-will-keine-ausnahmen-fuer/>

23.11.2023

**Auf dem Weg in die Europäische Union wird die Ukraine der ungarischen Minderheit im Land keine Zugeständnisse "nach Budapests Laune" machen. Olga Stefanischina, die stellvertretende ukrainische Premierministerin, äußerte sich dazu in einem Interview.**

Balázs Orbán, politischer Direktor des ungarischen Ministerpräsidenten, erklärte jüngst, Budapest werde die Aufnahme von Verhandlungen mit Kiew über einen EU-Beitritt blockieren, solange Ungarns Forderungen bezüglich der Unterrichtssprache für die ungarische Minderheit in der Ukraine nicht erfüllt seien. Olga Stefanischina, die als stellvertretende ukrainische Premierministerin für die europäische und euroatlantische Integration des Landes zuständig ist, äußerte sich zu dem Thema in einem Interview mit der *Ukrainskaja Prawda* am Mittwoch.

*"Niemand wird für Ungarn besondere Ausnahmen in der Frage der nationalen Minderheiten machen. Wir haben auch rumänische, griechische und bulgarische Minderheiten, aber in Budapest schreit man am lautesten, was keineswegs bedeutet, dass die ungarische Minderheit in der Ukraine besondere Probleme hat."*

Im Jahr 2017 verabschiedete das ukrainische Parlament ein Bildungsgesetz, das die bestehenden Rechte ethnischer Minderheiten, darunter auch die ungarische, auf Unterricht in ihrer Muttersprache einschränkte. Zwei Jahre später wurde ein neues Staatssprachengesetz verabschiedet, das die ukrainische Sprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens für obligatorisch erklärte.

Laut Stefanischina würden politische Launen sowie Äußerungen Kiew nicht dazu veranlassen, besondere Ansätze hinsichtlich der ungarischen Minderheit zu entwickeln. Alle Minderheiten würden auf gleiche Weise behandelt, versicherte die Beamtin. Kiew führe separate Verhandlungen beispielsweise mit Rumänien, um die Kriterien der Europäischen Kommission für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur EU zu erfüllen. Die rumänische Minderheit sei eine der größten in der Ukraine. Aus Bukarest gebe es keinen solchen Aufschrei wie vonseiten Budapests, betonte Stefanischina. Daher gehe sie davon aus, dass Ungarn überhaupt kein politisches Interesse daran habe, mit dem Thema abzuschließen. Ihr zufolge will die Ukraine die Gesetzgebung zu nationalen Minderheiten vor allem unter Berücksichtigung der Angelegenheiten des Bildungsprozesses ändern.

Zuvor hatte sich auch Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán deutlich gegen die Aufnahme von Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Ukraine ausgesprochen. Im staatlichen Rundfunk sagte Orbán, dies sei die klare Haltung seines Landes. Auf dem EU-Gipfel Mitte Dezember wollen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer darüber entscheiden, ob sie die Ukraine zur Aufnahme von Beitrittsgesprächen einladen, sobald das Land die Bedingungen hierfür erfüllt hat. Eine solche Entscheidung können die 27 EU-Mitglieder jedoch nur einstimmig treffen.

\* \* \*

## Analyse

### **Gipfeltreffen der Rivalen: USA sehen ihre Dominanz vom Aufstieg Chinas bedroht**

<https://freedert.online/international/187287-gipfel-rivalen-in-kalifornien/>

17.11.2023

**China hält an seiner Strategie fest, dass der Trend der Zeit nicht der Wettbewerb sei. Aber die USA als dominante Supermacht sehen sich bedroht vom wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt der zur Großmacht aufstrebenden Volksrepublik China.**

*Von Armin Schmitt*

Der US-Präsident Joe Biden und Chinas Staatschef Xi Jinping haben sich bei ihrem Gespräch am Rande des Gipfeltreffens der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) in San Francisco auf eine Wiederaufnahme der Kommunikation zwischen den Streitkräften ihrer Länder geeinigt. Das gab Anlass zur Hoffnung, dass die USA und China bereit sind, ihre Spannungen einzuhegen. Doch mit nur einem einzigen Satz gelang es Biden, den Anschein von Tauwetter nur wenige Stunden später wieder zu konterkarieren. Der US-Präsident verließ am Ende seiner Pressekonferenz bereits die Bühne, als ihn ein Journalist fragte, ob er denn Xi Jinping immer noch einen "Diktator" nennen wolle. Biden antwortete sofort: "Er ist ein Diktator in dem Sinne, dass er ein kommunistisches Land anführt, das auf einer Regierungsform basiert, die sehr anders ist als unsere." In diesem Moment guckte Blinken ganz irritiert und schockiert.

Dass hochrangige Militärs aus der Volksrepublik und den USA wieder kommunizieren, ist zwar schon ein Schritt zur Deeskalation. Aber in den fundamentalen Punkten bleiben Xi Jinping und Joe Biden zerstritten. Dass China während der Ballon-Affäre zum Jahresanfang ein Telefonat zwischen den Verteidigungsministern verweigerte, zeugte damals von dem Aufwachsen der geopolitischen Rivalität zwischen China und den USA in einem neuen Ausmaß.

Die aktuelle "Stabilisierung" der bilateralen Beziehung, die Xi und Biden anstrebten, bleibt fragil. Die Beziehungen bleiben unberechenbar, denn in den zentralen Streitpunkten unterscheiden sich die Positionen diametral.

Biden stellte wiederholt klar, dass sich die USA mit der Volksrepublik im Systemwettbewerb befinden. Xi hingegen stört sich an dieser Sichtweise der Beziehungen und plädiert stets für eine multipolare Weltordnung: Der Planet Erde sei groß genug, dass beide Länder erfolgreich sein könnten und der Erfolg des einen auch eine Chance für den anderen sein könne. China und Amerika seien unterschiedlich, was ihre Geschichte, Kultur und das Gesellschaftssystem anbelange, solange sie aber einander respektierten, könnten sie ihre Differenzen überwinden, sagte Xi bei seinem Treffen mit Biden.

Biden will die Außenpolitik der Schaffung und des Ausbaus von Allianzen der USA im Pazifik fortführen. Xi sieht dies vor allem als Versuche einer militärischen Einkreisung Chinas. Bei alledem bleibt Taiwan der zentrale Streitpunkt, wobei die USA derzeit dabei sind, die abtrünnige Insel gegen die Volksrepublik bis an die Zähne zu bewaffnen. Ein ranghoher Vertreter der Biden-Administration sagte nach dem Spitzengespräch, Xi habe deutlich gemacht, dass die Taiwan-Frage die potenziell gefährlichste Frage in den chinesisch-US-amerikanischen Beziehungen sei. Und Xi machte bei dem Treffen offenbar keinen Hehl daraus, dass er notfalls bereit wäre, die Taiwanfrage

auch mit Gewalt zu lösen. Die dominante Supermacht USA sieht sich zweifellos bedroht von dem wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt der aufstrebenden Großmacht China und ist sich bewusst geworden, welche Risiken es mit sich bringt, wenn eine neue Großmacht mit einer ganz anderen Sicht auf die Welt weltweit an Einfluss gewinnt.

\* \* \*

## **Zunehmende Verfolgung von Meinungsdelikten – Man weiß nicht mehr, was man sagen darf**

<https://freedert.online/inland/187400-zunehmende-verfolgung-von-meinungsdelikten-man/>

18.11.2023

**Im Interview warnt der Kölner Strafverteidiger Dirk Sattelmanier vor der zunehmenden Verfolgung von angeblichen Meinungsdelikten. Die Bürger würden zunehmend eingeschüchtert, ihre Meinung zu äußern. Juristische Laien könnten nicht mehr verstehen, was verboten und was erlaubt sei.**

*Von Felicitas Rabe*

Kürzlich kündigte die bayrische Generalstaatsanwaltschaft an, Nutzer des Slogans "From the River to the Sea, Palestine will be free!" (Vom Fluss bis zum Meer – Palästina wird frei sein!) ab sofort strafrechtlich zu verfolgen. Nach Ansicht der Generalstaatsanwaltschaft sei die "kontextlose Verwendung" des Slogans strafbar, da es sich hierbei um das Kennzeichen einer terroristischen Vereinigung handele.

Wie die Autorin auf einer propalästinensischen Großdemonstration am 28. Oktober in Rom selbst erleben konnte, schert sich die Obrigkeit in Italien zum Beispiel überhaupt nicht um diesen Slogan. Die Polizei stand in größeren Gruppen am Rande des Protestmarsches und hat bei den unüberhörbaren Ausrufen dieses Slogans gar nichts unternommen.

Nach Auffassung des Kölner Rechtsanwalts Dirk Sattelmanier geht es bei der Ankündigung der bayrischen Staatsanwaltschaft aber um mehr als nur um die Unterdrückung dieses Slogans. Er sieht ganz grundsätzlich Anzeichen für eine weitere Einschüchterung und Verunsicherung der Menschen hierzulande. Denn für juristische Laien würde immer unklarer, was man sagen dürfe und was nicht.

### **Was bedeutet die Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen nach dem deutschen Strafrecht?**

Im Interview erklärte der Strafverteidiger am Mittwoch zunächst die Bedeutung des § 86a StGB "Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen". Im Gesetzestext des § 86a StGB heißt es im Absatz 1, Satz 1:

*"Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer im Inland Kennzeichen einer der in § 86 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 oder Absatz 2 bezeichneten Parteien oder Vereinigungen verbreitet oder öffentlich, in einer Versammlung oder in einem von ihm verbreiteten Inhalt (§ 11 Absatz 3) verwendet." Zu den Kennzeichen gehören laut Absatz 2 des Gesetzes "Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen".*

Gesetzestexte seien grundsätzlich allgemein gehalten, erläuterte Sattelmanier. Da stehe eben nicht drin, "Hakenkreuze" seien verboten oder, wie im aktuellen Fall, der Slogan "From the river to the sea ..." sei verboten. Die Gerichte müssten also jeweils prüfen, ob es sich um ein Kennzeichen einer verfassungswidrigen und terroristischen Organisation im Sinne des abstrakt gehaltenen

Tatbestandes des § 86a Abs. StGB – wie zum Beispiel im Falle dieser Parole – handle.

Was eine terroristische Organisation ist, müsse in Deutschland zuvor festgelegt werden. Die Hamas wurde nach einigem Hin und Her am 23. November 2021 von der EU in die Liste terroristischer Organisationen aufgenommen. Infolgedessen gelte sie auch in Deutschland als Terrororganisation – in der Schweiz, wo derzeit eine Diskussion über ihre Einstufung geführt wird, gelte die Hamas aktuell nicht als Terrororganisation.

### **Deutsches Gerichtsurteil: "From the River to the Sea ..." ist kein Aufruf zu Gewalt und Zerstörung**

Die rechtliche Einordnung des genannten propalästinensischen Slogans als Kennzeichen einer terroristischen Organisation habe zunächst einmal lediglich die bayrische Generalstaatsanwaltschaft getroffen. Grundsätzlich könne man nach dem § 86a Absatz 2 StGB auch Parolen als Kennzeichen einer terroristischen Organisation identifizieren, erläuterte Sattelmaier. Eine solche Parole müsse aber eindeutig einer bestimmten Organisation zuzuordnen sein. Das sei im Falle des Spruchs "From the River to the Sea" nicht ganz so eindeutig. Schließlich sei dieser Slogan schon vor der Gründung der Hamas genutzt worden. Geprägt worden sei er in den 1960er-Jahren von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Die PLO stehe aber nicht auf der Terrorliste der EU.

Auch ein deutsches Gericht habe sich erst kürzlich zu dem Slogan geäußert. In seiner Entscheidung vom 23. August dieses Jahres habe das Verwaltungsgericht Berlin zur Parole "From the River to the Sea ..." festgestellt:

*"Der Slogan müsse in erster Linie als Ruf nach Freiheit und Gleichberechtigung verstanden werden und nicht als Ausruf zu Gewalt und Zerstörung, sofern nicht zwingende zusätzliche Anhaltspunkte das Gegenteil nahe legen würden."*

Die Schlagzeilen vieler Leitmedien vermittelten den Eindruck, so der Jurist im Interview, das Rufen dieses Slogans wäre nach der Ankündigung der Staatsanwaltschaft aus Bayern automatisch strafbar. Dem sei mitnichten so. In Deutschland entschieden "gottlob" immer noch die Strafgerichte, ob die "kontextlose Verwendung" des Slogans nach § 86a StGB strafbar ist, und nicht die Staatsanwaltschaften. Sattelmaier wundere sich, dass diese Parole jetzt auf einmal als strafbar angesehen werde: "Vor dem 7. Oktober gab es diesen Slogan auch schon – diesbezüglich ist mir kein einziger Fall einer Verurteilung bekannt."

### **Sattelmaier: Es geht darum, die Menschen einzuschüchtern – Juristische Laien wissen nicht mehr, was sie sagen dürfen**

Auf seinem Telegram-Kanal hatte der Kölner Strafverteidiger deutlich gemacht, dass es bei dem angedrohten Verbot des propalästinensischen Slogans um etwas Grundsätzliches gehe: nämlich um die Gefahr einer weiteren Einschränkung der Meinungsfreiheit insgesamt. In den letzten dreieinhalb Jahren seien zunehmend unliebsame Meinungsäußerungen strafrechtlich verfolgt worden. Das sei das eigentlich Bedenkliche bei der Ankündigung der bayrischen Staatsanwaltschaft: Die Menschen würden beim Rufen dieses mutmaßlich verbotenen Slogans nun auch hier damit rechnen müssen, strafrechtlich verfolgt zu werden und ein Gerichtsverfahren "an der Backe" zu haben.

Man könne das mit dem Anstieg von Gerichtsverfahren im Bereich von Volksverhetzungsdelikten in den letzten dreieinhalb Jahren vergleichen. Der Tatbestand der Volksverhetzung werde inzwischen viel weiter ausgelegt, stellte der Strafverteidiger fest:

*"Scheinbar jegliche Bezugnahme auf die NS-Zeit birgt schon die Gefahr einer*

*strafrechtlichen Verfolgung nach § 130 StGB – hier vor allem in der Variante des Verharmlosens im Absatz 3."*

Angesichts dieser Entwicklung würden die Meinungsäußerungsdelikte für den Normalbürger immer komplizierter und unübersichtlicher. Dabei sei die Meinungsfreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes ein "extrem hohes Rechtsgut".

*"Wenn aber der Bürger eine Strafverfolgung befürchten muss, führt das zur Verunsicherung und damit auch zu einer Einschränkung der Meinungsfreiheit. Diese wird dann häufig nur noch in inhaltsleeren 'Sonntagsreden' als 'hohes Gut' bezeichnet."*

Als Jurist sei ihm die inhaltliche Qualität der Meinung – ob sie also richtig oder falsch ist oder ob sie gut oder verwerflich ist – herzlich egal. Er habe auch Mandanten, deren Meinung er nicht teile, erklärte Sattelmanier. Für ihn als Jurist zähle einzig und allein, ob die Meinungsäußerung strafbar sei. "Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Meinungsäußerungsdelikte von der Justiz – hier vor allem von den Strafverfolgungsbehörden – stark überdehnt werden." Das führe für ihn zu der Frage nach einem politischen Motiv:

*"Hier kann und sollte sich jeder die Frage stellen, ob politisch unliebsame Ansichten unterdrückt werden sollen."*

An dieser Stelle räumte der Rechtsanwalt jedoch ein, dass er das nicht belegen könne. Die Entwicklung der letzten dreieinhalb Jahre zeige aber, dass sich offenbar niemand seiner aktuellen Meinung "sicher" fühlen könne. Wer gestern noch über Verbote von Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen "gejubelt" habe, könne heute schon wegen seiner Meinung zum Konflikt im Nahen Osten oder zur Ukraine strafrechtlich verfolgt werden, wenn diese von der Staatsraison abweiche. Die Justiz als Korrektiv müsse aufpassen, sich nicht politisch instrumentalisieren zu lassen.

Vor dieser Entwicklung habe Sattelmanier stets gewarnt. Deshalb habe er auch versucht, derartige Angriffe auf die Meinungsfreiheit juristisch abzuwehren – unabhängig von der Qualität der Meinung.

*Der Kölner Rechtsanwalt **Dirk Sattelmanier** berichtet auf seinem Telegram-Kanal und auf Youtube in der Videoreihe "Neues aus dem Gerichtssaal" regelmäßig von besonderen Gerichtsverfahren und von Fällen, die er als Strafverteidiger vertritt.*

\* \* \*

## **Verstößt Serbien wirklich gegen antirussische Sanktionen?**

<https://freedert.online/international/187205-verstoest-serbien-wirklich-gegen-antirussische-sanktionen/>

19.11.2023

**Der Vorwurf, dass Serbien in puncto Russland-Sanktionen "auf zwei Stühlen sitzt" und weiterhin Geschäfte mit Moskau macht, reißt nicht ab. Vor allem die USA machen immer wieder Druck. Doch was ist an den Vorwürfen dran?**

*Von Marinko Učur*

Auch wenn es ohne konkrete und sichtbare Beweise eher wenig überzeugend klingt – die Information, wonach Serbien durch den Weiterverkauf westlicher Hochtechnologien angeblich

Güter an Russland verkauft und dadurch nicht nur zusätzliche Einnahmen erzielt, sondern auch gegen westliche Sanktionen verstößt, hat in der serbischen Medien- und Geschäftswelt große Wellen geschlagen. Alle fragen sich, wie Serbien das schafft und ob es sich dabei um eine Art Staatsprojekt handelt oder, andererseits, um ein Geschick von Unternehmen, mit "geschäftlichem Spagat" zusätzlichen Gewinn zu erzielen.

Es ist bekannt, dass Serbien dem Druck des Westens, Sanktionen gegen die Russische Föderation zu verhängen, immer noch nicht nachkommen will, daher wurden die jüngsten Anschuldigungen als eine neue Art Druck durch die Aufseher aus Brüssel und Washington aufgenommen. Wessen Unterschriften stehen unter solchen Vorwürfen, oder wird Brüssel suggeriert, dass es höchste Zeit sei, damit aufzuhören, Belgrad aufgrund seiner Nähe zu Moskau "durch die Finger zu schauen" und ihm nicht mehr zu gewähren, "auf zwei Stühlen zu sitzen"?

Die Schlussfolgerung ist nicht schwer zu ziehen, insbesondere im Kontext früherer ähnlicher Anschuldigungen. Zuvor geriet Serbien ins Visier, weil es angeblich über die Türkei Artilleriemunition an die Ukraine veräußert habe, was nie nachgewiesen wurde. Auch sofern diese Informationen wahr sind, distanziert sich die Regierung in Belgrad von solchen Aktivitäten, doch niemand kann ausschließen, dass der internationale Schwarzhandel, insbesondere im Sektor Waffenhandel, floriert. In dieser Hinsicht gibt es keine Garantie dafür, dass Dritte nicht versuchen, über sekundäre Kanäle "im Trüben zu fischen".

In dieser Hinsicht erfolgten die gleichen Reaktionen des offiziellen Belgrads auf die jüngsten Anschuldigungen. Die Regierung behauptet, dass sie in keiner Weise als Transitland zur Umgehung antirussischer Sanktionen fungiere. David O'Sullivan, der Sonderberichterstatter für die Umsetzung der EU-Sanktionen, verbirgt nicht seine Enttäuschung darüber, dass Serbien und die Türkei dem Druck standhalten konnten und keine Sanktionen gegen die Russische Föderation verhängten. "Wir verstehen die Gründe, warum sie keine Sanktionen gegen Russland verhängt haben, und gleichzeitig bedauern wir es", sagte O'Sullivan in Washington – während einer kürzlichen Debatte beim Atlantikrat. "Niemand kann die von der EU gegen die Russische Föderation verhängten Sanktionen über das Territorium Serbiens umgehen, denn Serbien reagiert und sanktioniert solche Versuche", belehrte Präsident Aleksandar Vučić kürzlich seine europäischen Gesprächspartner und wies jede Möglichkeit zurück, dass ein verbotener Handel mit einem Segen des Staates abgewickelt werden könnte.

Auf der Suche nach Unternehmen, die angeblich gegen Sanktionen verstoßen, fanden westliche Medien Informationen, dass das in Belgrad ansässige Unternehmen "Kominvex" seit Ausbruch der russischen Sondermilitäroperation in der Ukraine bis August 2023 Waren im Wert von mehr als 140 Millionen US-Dollar nach Russland exportiert hat. Aber diese Tatsache allein reicht nicht aus, um Belgrad im Hinblick auf einen Verstoß gegen Sanktionen zu kompromittieren, obwohl angeblich ein Drittel der exportierten Waren im Wert von 50 Millionen US-Dollar unbekannte elektronische Komponenten seien, die in der Militärindustrie angewandt werden können!?

Solche Indizien reichen nicht aus, um Serbien und seine Regierung zu beschuldigen, die mit ihrem liberalen Handelsansatz keine Beschränkungen aufdrängen wollen. Schließlich handelt es sich um einen westlichen Standard, der die Freizügigkeit von Personen, Gütern und Kapital unter den Bedingungen einer Marktwirtschaft bekräftigt. Einst verhängten die USA Sanktionen gegen das Belgrader Unternehmen MCI Trading wegen seiner angeblichen Unterstützung der "russischen Aggression in der Ukraine" aufgrund seiner Partnerschaft mit einem russischen Unternehmen bei der Beschaffung von Hochtechnologie-Gütern asiatischer und europäischer Hersteller.

Kenner der Lage sind sich einig, dass es unwahrscheinlich ist, dass modernste Technologiegüter mit serbischen Zulassungen zu russischen Kunden gelangten. Da sich auf der Liste der Waren, die bei

russischen Kunden landeten, auch Komponenten amerikanischer Unternehmen wie AMD und INTEL befanden, dürfte dies eher für diese Hersteller als für serbische Händler eine Frage sein. Denn bekanntlich war, dass der große russische Markt für westliche Unternehmen aufgrund der dort erzielten enormen Gewinne schon immer interessant war (und immer noch ist).

Es ist zu durchschaubar, nur die eine oder andere Seite zu beschuldigen und die Interessen jener Hersteller aus dem Westen zu ignorieren, die auf der Suche nach Absatzmöglichkeiten für ihre Waren sind und durch die Suche nach Vermittlern selbst gegen die Sanktionen verstoßen. Dies zeigt sich auch durch den Handel mit russischem Öl, das über Zwischenhändler seinen Weg zu westlichen Abnehmern findet. Laut prowestlichen Medien exportierten einige serbische Händler sogar Teile für die russische Luftfahrtindustrie (?!), einen Wirtschaftszweig, der seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine den strengsten Sanktionen ausgesetzt ist. Es wird behauptet, dass serbische Unternehmen mit stillschweigender Zustimmung des Staates enorme Gewinne erzielten.

Das US-Außenministerium kam bei der Untersuchung der Anschuldigungen über den Verstoß gegen die Sanktionen zu dem Schluss, dass der Wert der von Serbien nach Russland exportierten sanktionierten Waren mehr als 70 Millionen US-Dollar beträgt, was deutlich unter dem in Medienberichten veröffentlichten Wert liegt. All dies geschieht inmitten der Kampagne dafür, dass der Westen gegen Moskau trotz der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Partnern in der EU das 12. Sanktionspaket verhängt. In Belgrad sehen sie es als eine Art Botschaft an Serbien, das über inoffizielle Kanäle damit bedroht wird, auch mit Sanktionen belegt werden zu können, sogar durch ein Verbot des Imports moderner im Westen hergestellter Technologien.

\* \* \*

## **Teurer Strom in Deutschland: Arme Geringverbraucher zahlen am meisten**

<https://freedert.online/inland/187253-teurer-strom-in-deutschland-arme/>

20.11.2023

**Bei den Strompreisen liegt Deutschland EU-weit in der Spitzengruppe. Am teuersten ist es ausgerechnet für arme Haushalte, die wenig verbrauchen. Die Strompreisbremse ändert daran nichts. Für die Großindustrie lohnen sich indes die Subventionen – und es soll noch mehr geben.**

*Von Susan Bonath*

In Deutschland zahlen Privathaushalte für Strom so viel wie fast nirgendwo. In der Europäischen Union liegt Deutschland knapp hinter Liechtenstein und Belgien auf Platz drei der höchsten Preise. Besonders perfide: Für arme Haushalte, die wenig verbrauchen, kostet die Kilowattstunde am meisten. Die "Strompreisbremse" ändert daran wenig, auch weil nicht davon umfasste Netzentgelte und Grundpreise in die Höhe schießen.

### **Wer wenig verbraucht, zahlt mehr**

Das geht aus einer Antwort des Statistischen Bundesamtes auf Anfrage der Linken im Bundestag hervor, über die zuerst das *Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)* berichtete. Demnach zahlten Haushalte mit einem Jahresverbrauch von weniger als 2.500 Kilowattstunden (kWh) Strom im ersten Halbjahr 2023 durchschnittlich 45,36 Cent pro Einheit. Teurer war es demgegenüber EU-weit nur in Liechtenstein (46,35 Cent) und Belgien (45,59 Cent).

Dazu dürften vor allem ärmere Ein- bis Dreipersonenhaushalte in kleinen Wohnungen gehören.

Bürgergeld-Bezieher müssen ihre Stromkosten aus dem Regelsatz zahlen. Aktuell sind darin für nicht extra übernommene Mietnebenkosten, Wohninstandhaltung und Energie insgesamt genau 42,55 Euro monatlich enthalten. Zuschläge gibt es dafür nicht.

Eine durchschnittliche Familie in Deutschland mit einem Jahresverbrauch von 2.500 bis 5.000 kWh kam mit durchschnittlichen 41,25 Cent pro Einheit ein wenig günstiger weg. In Spanien und Polen etwa war der Strom im gleichen Zeitraum nicht einmal halb so teuer. In Österreich (knapp 30 Cent) und Frankreich (gut 27 Cent) war eine kWh für Privathaushalte ebenfalls deutlich billiger. Der EU-weite Durchschnittspreis lag bei 28,9 Cent pro kWh bei mittlerem Verbrauch, Geringverbraucher zahlten im Mittel knapp 32 Cent.

Gegenüber dem *RND* kritisierte Linksparteichef Dietmar Bartsch die Strompreisbremse als "weitgehend wirkungslos". "Fast alle europäischen Länder haben es besser gemacht", sagte er und sprach von einer "beschämenden Bilanz der Ampel, insbesondere von Wirtschaftsminister Habeck".

### **Subventionen für Unternehmensprofite**

Diese Strompreisbremse soll noch bis April kommenden Jahres gelten. Für Privatkunden sind damit 80 Prozent ihres Verbrauchsvolumens vom September 2022 auf 40 Cent pro kWh gedeckelt. Für den Rest ist der höhere Realpreis fällig. Zum Vergleich: Zwischen 2013 und 2020 hatten Privathaushalte in Deutschland laut dem Portal *Verivox* zwischen 28 und 30 Cent gezahlt.

Für große Unternehmen, die mehr als 30.000 kWh pro Jahr verbrauchen, gilt hingegen der sogenannte Industriestrompreis. Diesen deckelte die Bundesregierung auf 13 Cent pro kWh für 70 Prozent ihres vorherigen Verbrauchs.

Seit Langem zahlen davon begünstigte Konzerne weniger als Privathaushalte. Die Lücke wird von Jahr zu Jahr größer – die Politik subventioniert damit quasi Profite. Von 2013 bis 2020 zahlten davon begünstigte Unternehmen beispielsweise zwischen 15 und 18 Cent pro kWh. Bis 2022 stieg der Preis auf gut 26 Cent, in diesem Jahr fiel er wieder leicht.

Für Privatkunden hingegen war es 2022 oberhalb der Preisbremse teils mehr als doppelt, im Rahmen dieser sogar dreimal so teuer wie für Großunternehmen, die sich an den Subventionen labten.

### **Stromnebenkosten steigen rasant**

Aktuell sinken zwar die Strompreise wieder leicht, allerdings dürfte bei vielen Familien davon nicht allzu viel ankommen. Wie das Portal *Check24* kürzlich meldete, heben die Versorger die sogenannten Netzentgelte, die nicht von der Preisbremse umfasst sind, ab Januar um durchschnittlich elf Prozent an. Bei einem mittleren Verbrauch von 5.000 kWh pro Jahr könnte das je nach Wohnort Mehrkosten von bis zu 70 Euro mit sich bringen.

Hinzu kommen vielerorts steigende Grundpreise. Dabei handelt es sich um fixe Kosten in der Stromrechnung, etwa für das Warten und Ablesen von Stromzählern, die unabhängig vom Verbrauch zu zahlen sind. 2022 zahlten Haushalte im bundesweiten Schnitt gut 145 Euro pro Jahr, also etwa zwölf Euro pro Monat – das waren fast 50 Prozent mehr als noch zehn Jahre zuvor.

### **Steuergeschenke für die Großindustrie**

Die Sanktionen und Wirtschaftsembargos der EU und Deutschlands gegen Russland haben einen erheblichen Anteil an der Explosion der Strompreise. Während es für die "kleinen Leute" kaum

wirksame Minihilfen gibt, die außerdem bald enden sollen, diskutiert die Politik seit bald einem Jahr über noch höhere Dauersubventionen aus dem Steuersäckel für die Industrie. Sie will freilich deren Profite sichern, somit Arbeitsplätze retten und die Abwanderung von Konzernen ins Ausland verhindern.

Im Mai dieses Jahres schlug Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) vor, den Industriestrompreis dauerhaft auf nur noch sechs Cent pro kWh zu deckeln, und dies nicht für 70, sondern 80 Prozent ihres früheren Verbrauchs, wie die *Tagesschau* berichtet hatte.

Jetzt steht die Stromsteuer zur Debatte. Derzeit beträgt diese gut zwei Cent pro kWh. Die Ampel-Regierung plant nun, diese auf 0,05 Cent zu senken – allerdings nur für große Unternehmen im produzierenden Gewerbe – wohl auch Rüstungskonzerne darunter – mit einem Jahresverbrauch von mehr als 30.000 kWh. Die Linke hat indes vorgeschlagen, auch die Stromsteuer für Privathaushalte zu senken, und zwar von zwei auf 0,1 Cent pro Verbrauchseinheit. Ihr Antrag wird wohl nicht durchgehen.

### **Sparen bei den Sozialausgaben**

Laut Justizminister Marco Buschmann (FDP) würde diese Steuersenkung die Großindustrie um 2,75 Milliarden Euro "entlasten". Im Umkehrschluss ließe dies das Steuersäckel freilich um die gleiche Summe schrumpfen. Weniger kostspielige (und folgenschwere) Staatsaufträge für die Rüstungsindustrie und Geld den Militärhaushalt wird es deswegen sicher nicht geben – im Gegenteil. Gespart werden wird, wie immer, bei den Ärmsten.

Seit Monaten bereits durchzieht das politische Gejammer die Schlagzeilen vieler Medien: Die Sozialausgaben seien zu hoch. Die nächste Kürzungswelle ist längst im Gange. Schon jetzt steht so manche Hilfseinrichtung wohl vor dem Aus, wie Sozialverbände beklagen.

Aber die Stimmen der Reichen fanden schon immer eher politisches Gehör als die der Armen, nicht nur bei den hohen Stromkosten.

\* \* \*

### **Beschlagnahme russische Vermögen: Ein Transfer Richtung Kiew birgt für den Westen große Risiken**

<https://freedert.online/europa/187297-was-folgen-sind-westen-veraengstigt/>

21.11.2023

**Die EU sucht nach juristischen Tricks, um eingefrorene Gelder der russischen Zentralbank zur Unterstützung der Ukraine einzusetzen. Das birgt auch Risiken: Es drohen Kapitalabfluss und Investorenflucht. Angesichts der Spannungen zieht China bereits Investitionen ab.**

*Von Natalja Dembinskaja*

Die eingefrorenen Gelder der russischen Zentralbank lassen der Europäischen Union keine Ruhe. Man sucht weiter nach "rechtlichen Gründen", um diese nutzbringend "einzusetzen", nämlich damit den Regierenden in Kiew zu helfen. Das ist allerdings ein unerfüllbares Vorhaben. Klar ist, dass ein solcher Präzedenzfall einen Kapitalabfluss und die Flucht ausländischer Investoren zur Folge haben würde. Und dieser Prozess scheint sogar bereits im Gange zu sein.

### **Man habe Rechtfertigungen gefunden**

Der Westen hat auf diese Weise bereits insgesamt rund 300 Milliarden US-Dollar blockiert. Davon sind 180 Milliarden bei der belgischen Euroclear konzentriert, dem größten Wertpapier-Verwahrer der Welt mit Sitz in Brüssel. Es handelt sich dort um Vermögenswerte, die in US-amerikanischen, europäischen, japanischen und südkoreanischen Gerichtsbarkeiten gehalten werden. Alle diese Werte sind hoch liquide: Währungsgold, Sonderziehungsrechte, eine Reserveposition im IWF sowie Devisen.

In Europa habe man angeblich "rechtliche Gründe" gefunden, um die Erlöse aus den eingefrorenen Finanzmitteln nun nach Kiew zu überweisen. Ein Paket mit entsprechenden Dokumenten wurde vorbereitet. Laut einem Bericht von Euroclear vom Ende Oktober brachten russische Vermögenswerte in neun Monaten drei Milliarden Euro ein. Im Jahr 2022 waren es erst 347 Millionen, doch die Sätze sind gestiegen. Die Juristen haben allerdings vorgewarnt: Es sei ein äußerst riskantes Unterfangen. Es sei nicht ausgeschlossen, dass diese Gelder in Zukunft an Moskau retourniert werden müssen.

### **Die Risiken sind hoch**

Bisher ist der Fall noch nicht entschieden. In der EU sind viele besorgt über die damit verbundenen Risiken. Unter anderem warnte der belgische Premierminister Alexander De Croo die europäischen Beamten vor unbedachten Schritten.

*"Gemeinsam mit den G7-Ländern und der Europäischen Kommission suchen wir nach einer strukturellen Lösung des Problems, ohne das internationale Finanzsystem zu destabilisieren. Wichtig ist eine rechtliche Grundlage vorzubereiten – und es ist offensichtlich, dass Belgien nicht in der Lage sein wird, dies allein zu tun", sagte De Croo.*

In Luxemburg ist man sich bei Clearstream als einem weiteren Verwahrer eingefrorener russischer Gelder mit Belgien einig. Und in Deutschland schlägt man diesbezüglich schon lange Alarm.

### **Unvorhersehbare Konsequenzen**

Die Konfiszierung ist mit "unvorhersehbaren wirtschaftlichen Folgen" verbunden, warnt die *Financial Times*:

*"Das wird andere Staaten dazu veranlassen, ihre Reserven abzuziehen, denn wo ist die Garantie, dass sie nicht auf die gleiche Weise behandelt werden?"*

Selbst die Europäische Zentralbank ist dagegen: Viele Zentralbanken würden auf Vermögenswerte in Euro einfach verzichten. Dadurch wäre die finanzielle Stabilität der EU gefährdet.

Auf den Euro entfallen mehr als 20 Prozent der weltweiten Reserven – das sind etwa 12 Billionen US-Dollar. Dazu zählen Aktiva von offiziellen Anlegern wie den Zentralbanken. Und der Status als zweitwichtigste Reservewährung nach dem US-Dollar bietet dem Euro auch sonst viele Vorteile.

### **Unterminierte Reputation**

Die Experten betonen: Die Reputationskosten für den Westen sind schwer zu überschätzen. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika als Garant würden darunter leiden. Schließlich halten sie viele verschiedene Vermögenswerte, die direkt anderen Ländern, Bürgern und Unternehmen gehören, unter ihrer Gerichtsbarkeit, bemerkt Pawel Sokol, ein Finanzanalyst des russischen Marktplatzes FINMIR.

Das Gold wird bereits aktiv aus dem Westen repatriiert. Nach Angaben von Reuters haben 68 Prozent der 57 Zentralbanken, die an der jährlichen Invesco Global Sovereign Asset Management Studie 2023 teilgenommen haben, alle Reserven in ihrer eigenen Jurisdiktion konzentriert. Ebenfalls rückläufig sind die Investitionen in US-Staatsanleihen. So hat etwa Saudi-Arabien seine Bestände um 40 Prozent gegenüber dem Höchststand im Jahr 2020 reduziert, während die Volksrepublik China ihre Anteile auf den niedrigsten Stand seit Mai 2009 gesenkt hat.

*"Treasuries sind kein sicherer Hafen mehr für diejenigen, die keine Verbündeten der USA sind. Inzwischen weiß jeder, wie die Meinungsverschiedenheiten mit Washington enden können", sagt Jewgeni Schatow, Partner bei Capital Lab.*

Die Zentralbanken überarbeiten die Struktur ihrer Reserven und reduzieren den Anteil von US-Dollar, Euro und US-Staatsanleihen. Auch die chinesischen Investitionen wandern aus dem Westen ab. Peking verzichtet zunehmend auf Investitionen im Bereich Immobilien und Produktion in Europa und den USA und zieht Geschäfte in anderen Regionen vor, wie das American Enterprise Institute berichtet.

Dem *Wall Street Journal* zufolge fließt das Geld aus dem Westen ab – entsprechend der wachsenden Feindseligkeit gegenüber chinesischem Kapital und wegen der zunehmenden Spannungen mit den USA und mit deren Verbündeten, die sich aus Gründen der nationalen Sicherheit entschieden hatten, auf chinesische Investitionen zu verzichten.

Allerdings geht es nicht nur darum: Die Chinesen erwägen auch bereits Optionen für eine symmetrische Antwort, sollte der Westen Peking auf die gleiche Weise behandeln wie Moskau.

### **Sie werden Geld verlieren**

Chinas internationale Reserven übersteigen drei Billionen US-Dollar, fast ein Drittel davon wird in Treasuries gehalten. Die chinesische Reaktion könnte also in einem solchen Fall vernichtend sein: Peking könnte US-Investitionen und Pensionsfonds einfrieren und die Vermögenswerte von US-Unternehmen beschlagnahmen. Dieser Aspekt ist ein starker Trumpf Chinas.

Für Dezember wird erwartet, dass die EU-Kommission einen Rechtsmechanismus für die Verwendung der Erträge aus der Reinvestition eingefrorener russischer Vermögenswerte vorlegen will. Die Frage bleibt akut, was der Westen zu opfern bereit ist. Moskau würde ebenfalls reagieren und noch weitaus mehr beschlagnahmen.

Die USA fahren jedoch fort, ihre "Verbündeten" anzustacheln, ohne sich um die Auswirkungen zu kümmern. Im US-Kongress wurde der Gesetzentwurf zur Übergabe von russischen Geldern an Kiew angenommen. Nun darf der US-Präsident über die Beschlagnahme von russischen Vermögenswerten entscheiden, die sich innerhalb der US-Gerichtsbarkeit befinden. Daraufhin können die beschlagnahmten Vermögenswerte an den sogenannten "Ukraine-Unterstützungsfonds" transferiert werden.

*Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen bei RIA Nowosti.*

\* \* \*

## Furcht vor Unterbrechung von Lieferketten: Huthi kapern israelisches Schiff

<https://freedert.online/der-nahe-osten/187751-furcht-vor-unterbrechung-von-lieferketten/>

22.11.2023

**Vor dem Hintergrund des Gaza-Krieges haben die Huthi im Jemen ein Schiff mit Verbindungen zu Israel gekapert und dessen Besatzung als Geiseln genommen. Die Aktion zeigt, dass Irans Verbündete nicht nur einen Mehrfrontenkrieg gegen Israel starten, sondern auch versuchen, US-Interessen in der Region zu gefährden.**

*Von Armin Schmitt*

Ein Hubschrauber, der sowohl von der jemenitischen als auch der palästinensischen Flagge geziert wird, setzt ein Kommando an Bord des Autofrachters "Galaxy Leader" ab. Mit Sturmgewehren laufen verummte Kämpfer über ein menschenleeres Deck. Im gekaperten Schiff ruft einer von ihnen: "Tod Israel, dir zu Diensten, oh Palästina." Die Ansarullah-Bewegung (Huthi) veröffentlichte ein Video, das die am Wochenende durchgeführte Beschlagnahme des israelischen Handelsschiffes "Galaxy Leader" im Roten Meer zeigt. Die Huthi nahmen zudem die Besatzung des Schiffes als Geiseln. Bereits eine Woche zuvor hatten die Huthi das Bild eines brennenden Containerschiffes verbreitet und auf Hebräisch, Englisch und Arabisch gedroht: "Wir werden eure Schiffe versenken."

In den vergangenen Wochen schossen die Huthis mehrmals Raketen in Richtung Israel ab, mindestens zweimal trafen sie auch die israelische Hafenstadt Eilat. Die Huthi sehen sich vor dem Hintergrund des Gaza-Krieges neben der Hisbollah im Libanon und anderen Gruppen im Irak und Syrien als Teil der "Achse des Widerstandes" gegen Israel, die derzeit daran arbeitet, einen Mehrfrontenkrieg gegen Tel Aviv zu eröffnen.

Als erste Reaktion dementierte Israel, dass der von den Huthi gekaperte Autofrachter in irgendeiner Verbindung zu Israel stehe. Öffentlich zugängliche Schiffsdatenbanken zeigen jedoch, dass die "Galaxy Leader" der Gesellschaft Ray Car Carriers gehört, die wiederum von Abraham "Rami" Ungar gegründet wurde, einem der vermögendsten Männer Israels.

Die Huthis kündigten nach der Beschlagnahme des Frachters weitere Aktionen an: "Wenn die internationale Gemeinschaft um Sicherheit und Stabilität in der Region besorgt ist, sollte sie der israelischen Aggression gegen den Gazastreifen ein Ende setzen, anstatt den Konflikt auszuweiten", sagte ein Huthi-Sprecher.

Die schiitische Bewegung, die seit September 2014 die Hauptstadt Sanaa und weitere Gebiete im Jemen kontrolliert, hat sich mit iranischer Unterstützung zu einer militärischen Kraft entwickelt, deren Arm mittlerweile weit über die Grenzen des Jemen hinausreicht. Raketen der Huthis hatten seinerzeit Ziele in Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten getroffen, bevor Iran wieder seine Beziehungen zu Riad normalisierte.

Der Jemen liegt direkt an der Einmündung in das Rote Meer und fungiert damit als Vorposten zum Suezkanal, einer der am stärksten befahrenen Routen der Welt. Solche Angriffe könnten dem Welthandel massiven Schaden zufügen und sind damit ein wirksamer Hebel gegen die westliche Politik in der Region. Der Seeweg durch den Bab al-Mandab verbindet das Rote Meer mit dem Golf von Aden. Die meisten Tanker mit Öl oder verflüssigtem Erdgas, die vom Golf kommend den Suezkanal nutzen, müssen die Meerenge zwischen dem afrikanischen Dschibouti und der jemenitischen Küste passieren. Dass ein israelischer Militärsprecher die Huthi-Aktion als

"gravierendes Ereignis" bezeichnete, dürfte eher damit zu tun haben, dass solche Angriffe die Lieferketten unterbrechen könnten und die Ölpreise in die Höhe schnellen lassen – wovon wiederum Lieferanten wie Russland und Iran profitieren. Noch sind die Auswirkungen auf die Energiemärkte überschaubar – allerdings nur, solange sich solche Aktionen nicht abermals wiederholen.

Hinzu kommt: Iran könnte zahlreiche Schiffe, die täglich die Straße von Hormus durchqueren, ins Visier nehmen, falls sich der Krieg in Gaza in die Länge zieht. Die Meerenge verbindet den Persischen Golf mit dem Golf von Oman, der über das Arabische Meer bis zum Indischen Ozean führt, und ist an der schmalsten Stelle weniger als 50 Kilometer breit. Jeden Tag passieren ein Fünftel der weltweiten Ölversorgung und ein Viertel des weltweiten Flüssiggashandels, insbesondere aus Katar, diesen Seeweg. Sollte der Transit unterbrochen werden, und sei es auch nur für ein paar Tage, hätte dies erhebliche Auswirkungen auf die weltweiten Öl- und Gaspreise. Die Huthi-Aktion macht also deutlich, dass Irans Verbündete nicht nur einen Mehrfrontenkrieg gegen Israel starten, sondern auch versuchen, die US-Interessen in der Region in Gefahr zu bringen. Und das zeugt von einer globalen Dimension des Gaza-Krieges.

\* \* \*

## Die Tagesschau lügt weiter über den "Euromaidan"

<https://freedert.online/inland/187694-tagesschau-luegt-weiter-ueber-euromaidan/>

23.11.2023

**Obwohl viele der Narrative des Euromaidan, die im Winter 2013/2014 verbreitet wurden, inzwischen widerlegt oder durch Zeitablauf mehr als fragwürdig geworden sind, hält die ARD-Tagesschau auch zehn Jahre später an ihnen fest. Neben seinen Politikern werden auch die bewusst lügenden Journalisten für Deutschland immer mehr zum Problem.**

*Von Alexej Danckwardt*

Auch zehn Jahre nach Beginn des Euromaidan in Kiew füttert die Hauptnachrichtensendung des "Ersten Deutschen Fernsehens", gebührenfinanziert, ihre Zuschauer mit Legenden, Mythen und dreisten Lügen über die Ereignisse des ukrainischen Winters 2013/2014. Vom Lügen lassen sich ARD-Propagandisten selbst dadurch nicht abhalten, dass inzwischen sogar ukrainische Gerichte mit einigen der Maidan-Narrative aufgeräumt haben und andere bis heute nicht bewiesen werden konnten.

Pünktlich zum zehnten Jahrestag des Beginns der Proteste auf dem Maidan in Kiew erschien auf tagesschau.de am Dienstag ein diesem Ereignis gewidmeter Artikel einer Rebecca Barth, ARD-Reporterin in Kiew. Zu Wort kommen drei Protagonisten, die ihre Wertungen abgeben dürfen. Diese interessieren uns weniger, skandalös sind die Tatsachenbehauptungen, die nicht von den Interviewten, sondern von der Autorin stammen, und für die die Redaktion der wichtigsten deutschen Nachrichtensendung deshalb die volle Verantwortung trägt.

Gehen wir der Reihe nach durch, was die *Tagesschau* dem deutschen Medienkonsumenten als feststehende Tatsachen verkaufen will:

*"Das erste Mal Angst vor den Sicherheitsdiensten hatte Kowaljonok auf dem Maidan. Und auf dem Maidan habe er auch das erste Mal in seinem Leben Menschen gesehen mit von Granaten zerfetzten Händen."*

So weit Rebecca Barth. Sicher, wenn man mit Gewalt gegen die Polizei vorgeht, hat man allen

Grund, Angst vor selbiger zu haben. Von Granaten zerfetzte Hände hat allerdings derjenige, der sie in den Händen hält, wenn sie losgehen.

*"Doch er ahnte nicht, dass die zunächst friedlichen Demonstrationen in brutale Straßenschlachten ausarten sollten. Die Ukraine veränderte sich in der Folge für immer."*

In Wahrheit war der Euromaidan von Anfang an gewalttätig. Während es auf dem Platz selbst anfangs tatsächlich halbwegs friedlich zugeht (wenn man von der gewaltsamen Besetzung der Zentrale der ukrainischen Gewerkschaften und des Rathauses der Stadt durch die "friedlichen Demonstranten" absieht), tobten in den auf das Regierungsviertel zuführenden Seitenstraßen von Anfang an Straßenschlachten. Das auf dem Hauptplatz aufgeschlagene Lager nutzten die mehrheitlich rechtsradikalen Krawallmacher als ihre Basis. Das nachfolgend verlinkte Video, aufgenommen nahe der Residenz von Präsident Wiktor Janukowitsch, datiert auf den 2. Dezember 2013. Der Leser möge selbst entscheiden, ob friedlicher Protest so aussieht:

[Video]

Damals erzählte uns eine Golineh Atai allen Ernstes bis zum Schluss, der Protest sei friedlich, und ein ständig von Alkohol oder Kälte rot angelaufener Udo Lilieschkies freute sich in einer Live-Schalt über Frauen, die Pflastersteine aus den Gehwegen herausreißen. Anders als in der Berichterstattung vor zehn Jahren räumt die *Tagesschau* jetzt zumindest ein, dass es nicht bis zum Schluss friedlich geblieben ist. Aber wie:

*"Mit den Wochen wuchs die Brutalität der Sicherheitskräfte. Mit Schildern, Stöcken und Bauarbeiterhelmen versuchten sich die Protestierenden zu schützen. Dann besorgten einige wenige auch Schusswaffen. Die Proteste radikalisierten sich."*

Welch Verdrehung der Kausalität! Die Polizei, die das Regierungsviertel schützte und auf dem Maidan selbst nicht zu sehen war, setzte die Gewaltspirale in Gang, behauptet die *Tagesschau*. Die Wahrheit ist, dass, um von der Polizei verprügelt zu werden, die "friedlichen Demonstranten" vom Hauptplatz der ukrainischen Hauptstadt erst 500 Meter in das Regierungsviertel hineinlaufen mussten. Und das sah dann so aus:

[Video]

Das vorstehende Video vom 19. Januar 2014 zeigt Straßenschlachten am Dynamo-Stadion, gut einen Kilometer vom eigentlichen Maidan entfernt auf dem Weg zum ukrainischen Parlament, das die "friedlichen Demonstranten" an diesem Tag zu erstürmen versuchten. Hier ein weiteres Video, das Szenen am Dynamo-Stadion zeigt:

[Video]

Als die Autorin des *Tagesschau*-Artikels zum Fanal des Maidan am 20. Februar 2014 kommt, lügt sie glatt und unverschämt:

*"Am Ende schossen Scharfschützen der Sicherheitsdienste auf Unbewaffnete. Mehr als 100 Menschen wurden getötet, der korrupte Präsident floh 2014 nach Russland. Und Russland wiederum nutzte die Gunst der Stunde und schickte Spezialeinheiten auf die Halbinsel Krim. Im Osten der Ukraine begann der Krieg."*

Allein in diesem kurzen Absatz habe ich sechs Lügen gezählt. Und der Leser?

Es kann der *ARD*-Reporterin und auch der *Tagesschau*-Redaktion unmöglich entgangen sein, dass inzwischen sogar die vom Selenskij-Regime kontrollierte ukrainische Justiz mit dem von Anfang an durch nichts belegten Narrativ, Scharfschützen der Sicherheitskräfte hätten auf friedliche und unbewaffnete Demonstranten geschossen, aufräumen musste. *RT DE* hat bereits Ende Oktober über das Urteil eines Kiewer Geschworenengerichts zum sogenannten "Maidan-Massaker" berichtet. Darin stellt die ukrainische Justiz eindeutig fest, dass die Gewalt am 20.02.2014 von der Maidan-Seite ausging. Diese hat die Kräfte des Innenministeriums beschossen, mindestens drei Beamte allein am frühen Morgen des Tages getötet und 39 weitere verletzt. Als die Polizei dann vom Maidan-Platz fluchtartig abzog, verfolgten Maidan-Anhänger, zum Teil auch mit Schusswaffen ausgerüstet, die Beamten. Ein Teil der Ordnungshüter geriet in einem Kulturpalast in der Nähe in eine Falle. Erst daraufhin setzten die Ordnungshüter Schusswaffen ein, zum Selbstschutz.

Auf dem Maidan selbst gab es hingegen keine Toten, nur in der auf das Regierungsviertel zuführenden Institutskaja-Straße, in der die "friedlichen Demonstranten" die Ordnungshüter verfolgten. Es gab auch keine "mehr als hundert Menschen", die getötet wurden, das vorstehende Urteil spricht von 48 Toten. "Scharfschützen der Sicherheitsdienste", die auf Unbewaffnete schossen, vermochte die ukrainische Justiz in den zehn Jahren seit dem Sieg des Maidan hingegen nicht zu ermitteln. Und auch keinen Schussbefehl Janukowitschs.

Was den durch Rebecca Barth hergestellten angeblichen Zusammenhang zwischen den Ereignissen auf der Krim im März 2014 und dem Kriegsbeginn im Donbass angeht, so ist dieser, wenn keine glatte Lüge, so doch manipulative Propaganda. Auf der Krim selbst hat kein Krieg begonnen und im Donbass war es nicht Russland, sondern das illegitime Maidan-Regime, das Antimaidan-Proteste unter Verstoß gegen die ukrainische Verfassung mithilfe der Armee zu unterdrücken versuchte.

Die *Tagesschau* versucht sich in einer historischen Einordnung des Euromaidan:

*"Aber das Land hat in den vergangenen zehn Jahren nicht nur einen kulturellen Wandel erlebt. Viele Reformen wurden angeschoben. Besonders der Kampf gegen die Korruption ist der Bevölkerung wichtig. Früher hätten Beamte den Staat ausrauben können, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Aber heute veröffentlichen Journalisten und Aktivisten regelmäßig Korruptionsskandale, was ein gutes Zeichen sei, meinen viele."*

Die in diesem Absatz betriebene Manipulation hat gleich mehrere Dimensionen. Zunächst einmal ist es eine glatte Lüge, wenn behauptet wird, dass in der Ukraine vor dem Maidan Beamte den Staat hätten "ausrauben können, ohne Konsequenzen zu befürchten". Das so gezeichnete Bild der Ukraine vor 2014 hat mit der Realität nichts gemein, denn das Land war damals durchaus demokratisch mit einer heute nicht mehr vorstellbaren Presse- und Medienvielfalt. Dutzende TV-Sender, die ausdrücklich in Opposition zu Wiktor Janukowitsch und seiner Partei der Regionen standen, sendeten unbehelligt und griffen den Präsidenten und ihm nahestehende Politiker scharf, zum Teil unterhalb der Gürtellinie, an.

Das "demokratische" Regime von Präsident Selenskij hingegen hat schon 2021 alle oppositionellen Medien des nichtnationalistischen Lagers verboten, 2022 auch alle Oppositionsparteien, die nicht die Maidan-Ideologie teilten.

Was Korruption angeht, so hat es einerseits die ukrainische Justiz in den zehn Jahren nach dem Fall Wiktor Janukowitschs nicht geschafft, ihm oder seinen Topbeamten und politischen Mitstreitern konkrete Korruptionsdelikte nachzuweisen, weshalb es auch als Lüge zu werten ist, wenn die *Tagesschau* ihn beiläufig als "korrupten Präsidenten" bezeichnet. Heute hat die Korruption in der Ukraine hingegen bislang nie gekannte Höhen erreicht. Da helfen auch die wenigen "aufgedeckten"

Fälle wenig, denn sie betreffen nur die Spitze des Eisbergs und Personen, die bei Selenskij in Ungnade gefallen sind oder deren Bereicherung Höhen erreicht hat, die sich nicht mehr verdecken ließen.

Übrigens wuchs die ukrainische Wirtschaft in der Amtszeit von Janukowitsch unter Aufsicht von Premierminister Nikolai Asarow, des wahrscheinlich fähigsten Regierungschefs, den die Ukraine jemals hatte, rasant. Nach 2014 erreichte das ukrainische Bruttoinlandsprodukt in Dollar gerechnet nur in einem Jahr wieder das Niveau von 2013, in allen anderen lag es deutlich darunter.

Man kann darüber streiten, ob die Euroassoziiierung für die Ukraine etwas Gutes war oder nicht. Wer den Vertrag gelesen hat, weiß, dass er die EU einseitig begünstigte und für die Ukraine einem Ruin ihrer Wirtschaft gleichkam, weshalb Janukowitsch auch einen angemessenen Ausgleich verlangte, den Merkel und Co. verweigerten.

Der Punkt ist jedoch ein anderer: In einer Demokratie hat man die nächsten Wahlen abzuwarten, wenn einem die Entscheidung des demokratisch gewählten Staatschefs, der Janukowitsch nun einmal war, nicht gefällt. Die Maidan-Ukrainer (in keiner Umfrage der damaligen Monate unterstützten mehr als 40 Prozent der Ukrainer den Euromaidan) mussten nur knapp ein Jahr warten und hätten dann einen Kandidaten wählen können, der die räuberische Euroassoziiierung unterzeichnet. Sie wählten stattdessen den ochlokratischen Weg eines verfassungswidrigen und ungesetzlichen Umsturzes und zerstörten damit ihren Staat nachhaltig. Das ist das wahre Ergebnis des Euromaidan.

Uns Deutsche muss allerdings etwas anderes Sorgen machen. Deutschland hat ein ernstes Problem mit seinen Politikern und seinen Journalisten. Wenn deutsche Journalisten schon in den Angelegenheiten eines anderen Landes, die uns nicht unmittelbar angehen, so dreist und viel lügen, zu welchen Lügen und Manipulationen werden sie dann erst bei innerdeutschen Themen bereit sein? Unfähige oder böswillige Politiker kann man – theoretisch und mit viel Glück – abwählen. Aber wie werden wir die gebührenfinanzierten journalistischen Lügner wieder los?

\* \* \*

## Meinung

### Plappern wie Habeck: Ein Wirtschaftsminister entdeckt das Wort "Arbeitsplätze"

<https://freedert.online/meinung/187337-plappern-wie-habeck-wirtschaftsminister-entdeckt/>

17.11.2023

**Der Dauerwerbesender auf zwei Beinen hat sich abermals geäußert. Wie immer gut zurechtgemacht und ins rechte Licht gerückt. Wie immer mit getragendem Gestus, aber unsinnig. Diesmal versucht er, das Urteil zum Klimafonds zu kompensieren.**

*Von Dagmar Henn*

Er lebt in einer komischen Welt, dieser Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Alles ist darauf ausgerichtet, alles so definiert, dass er mit absoluter Sicherheit damit nichts zu tun hat und für nichts verantwortlich ist. Man könnte fast sagen, dass er für das Überleben jener Tradition bundesdeutscher Politik steht, die schon immer mit nichts etwas zu tun hatte und für nichts verantwortlich war, vor allem nicht für diese zwölf Jahre und alles, was damit verbunden ist.

"Die Schuldenbremse steht im Grundgesetz." Stimmt, das tut sie, und zwar weil die überwiegende Mehrheit deutscher Politiker der Meinung war, ein Verbot zusätzlicher Schuldenaufnahme zu einem Zeitpunkt, an dem die Zinsen sogar zeitweise negativ waren, der Staat also gewissermaßen Geld dafür bekam, Kredite aufzunehmen, sei eine besonders kluge Idee. Die Grünen waren übrigens damals auch dafür und haben in den Bundesländern, in denen sie mitregierten, den gleichen Unfug auch in die Länderverfassungen geschrieben.

Das heißt jetzt nicht, dass Staaten unbegrenzt Schulden aufnehmen können und sollen. Aber entscheidend bei dieser Frage ist, wofür die aufgenommenen Mittel eingesetzt werden. Davon hängt nämlich ab, ob diese insgesamt einen positiven oder einen negativen Effekt auf die Volkswirtschaft haben. Aber das ist Ökonomie, und die ist schließlich nicht Habecks Fach.

Dass diese Regierung auf diese idiotische Schuldenbremse dann damit reagiert, Schattenhaushalte zu schaffen, ist auch gar nicht verwunderlich. Man könnte sogar sagen, dass die Entstehung solcher Schattenhaushalte, die sich einer regelmäßigen parlamentarischen Kontrolle und ebenso einer politischen Debatte entziehen, sogar das eigentliche Ziel der ganzen Schuldenbremse gewesen sein könnte. Denn der reguläre Haushalt ist jedes Jahr wieder ein Objekt politischer Entscheidungen, während solche Dinge wie die hundert Milliarden Euro, die in die Waffenindustrie geschaufelt wurden, nach einer einmaligen Entscheidung nicht mehr revidierbar sind. Tausend Sondertöpfe (die EU gibt es dafür ja auch noch) sind auf jeden Fall ein hervorragendes Mittel, um jede Rechenschaftspflicht zu umgehen, wofür das Geld nun tatsächlich ausgegeben wurde.

Jetzt hat also das Verfassungsgericht die "Faxen dicke" gehabt und erklärt, man könne nicht einfach einen großen Geldtopf schaffen, den man dann auch noch nach Lust und Laune umwidmen könne. Das macht jetzt natürlich die ohnehin irrwitzigen, destruktiven Pläne des "grünen Umbaus" noch ein bisschen irrwitziger, etwa so, als würde man jemanden mit der Bemerkung vom Dach schubsen, unten sei schließlich ein Sprungtuch aufgespannt – und dann kommt jemand und nimmt das Sprungtuch weg, während das Opfer bereits fällt.

Auf einmal redet Habeck von Wirtschaft und Arbeitsplätzen. Garniert, wie üblich, mit allerlei

Unfug, wie etwa: die Solarindustrie zurückholen. Das Silizium, das man für Solarzellen braucht, wird unter relativ hohem Energieeinsatz geschmolzen; ein gewisser Robert Habeck war aber gleich auf vielfache Weise daran beteiligt, dafür zu sorgen, dass die Energie für so etwas in Deutschland schlicht zu teuer geworden ist. Für Halbleiter, die er ebenfalls gerne in Deutschland produzieren würde, braucht man übrigens ebenfalls Silizium, aber in monokristalliner Struktur, also in noch aufwändigerer Variante.

Muss man selbstverständlich all das nicht wissen, wenn man nur Wirtschaftsminister ist. Hauptsache, das Makeup stimmt und die Beleuchtung ist gut. Und es ist vollkommen nachvollziehbar, dass ihm das Stichwort Arbeitsplätze erst jetzt einfällt, wo die Möglichkeiten, diese Verlustgeschäfte mit Steuergeldern abzupuffern, geplatzt sind, und nicht in dem Moment, als man solchen Unsinn wie eine Umstellung auf Elektromobilität, selbst für Lkw, beschlossen hatte oder die Wirtschaftsbeziehungen Richtung Russland und China ruinierte beziehungsweise beschädigte.

Jetzt kommt also eine Runde Pfeifen im Wald, gekoppelt mit der Beteuerung, nie von nichts gewusst zu haben. Wenn man lange genug glaubt, dass Industrie auch mit Windrädern betrieben werden kann, dann wird das schon werden. Und dass Deutschland seine günstigen Energiequellen verloren hat, hat nie und nimmer etwas mit Herrn Habeck oder seiner "grünen" Partei zu tun.

Leider, leider wird es den einzigen wirklich erbaulichen Moment, den Habeck liefern könnte, nie zu sehen geben: "Ich habe mich geirrt, das waren falsche Entscheidungen, es tut mir leid." Völlig unvorstellbar, dass diesem eitlen, kenntnisfreien, arroganten Herrn solche Sätze über die Lippen kommen werden.

Und mit derselben Betrübnis muss man feststellen, dass es auch nichts nützen würde, wenn er auf seinem jetzigen Posten ersetzt würde. Jede vorstellbare neue Koalition würde alle Bausteine des Verhängnisses weiter aufstapeln, sei es der "Klimaschutz", sei es die Kriegspolitik oder sei es die innige Beziehung zu falschen "Freunden". Aber vielleicht gibt es einen weltweiten Wettbewerb für die dümmsten Ausreden unfähiger Politiker. Da könnte Habeck noch eine Medaille nach Deutschland holen.

Wobei, ein kleines Hochgefühl kann man schon erleben, wenn man Habecks Video lauscht. Konjunkturreinbruch, Investitionsschwäche? Waren solche Begriffe nicht alle nur "russische Propaganda", nur böse, von Putin bezahlte Lügen?

Wie auch immer die Nummer ausgeht – die Milliarden, die gerade in die Windkraftsparte von Siemens gepumpt werden mussten, zeigen, dass diese grünen Pläne einfach nicht aufgehen, weshalb man Habecks in Falten gelegte Stirn durchaus mit Vergnügen betrachten kann. Denn je eher diese Wahnvorstellungen krachend scheitern, desto eher besteht eine Chance, dass wieder Vernunft einzieht. Und das wäre nicht nur im Zusammenhang mit Windrädern und "dekarbonisierter Industrie" sehr zu hoffen.

\* \* \*

## Hört auf die Juden – und nicht auf die Zionisten!

<https://freedert.online/meinung/187274-hoert-auf-juden-und-nicht/>

18.11.2023

**"Bitte, bitte verschonen Sie uns mit Ihren jämmerlichen Krokodilstränen. Wir werden nicht von Kritik an Israel bedroht, sondern von einem Mangel an Empathie politischer Entscheidungsträger in Deutschland selbst. Kritiklosigkeit an Israel verhöhnt alle, die am meisten unter Faschismus und Rassismus gelitten haben."**

*Von Rainer Rupp*

Meinem letzten Artikel unter dem Titel "Humanitäre US-Initiative: Mehr kleinere Bomben auf Gaza", hatte ich ein Zitat von Oliver Ginsberg gebracht, das im Zusammenhang mit der politischen und medialen Rechtsfertigungsorgie im kollektiven Westen zur moralischen Unterstützung der zionistischen Mordbrenner in Gaza mit seltener Prägnanz kurz und bündig den Kern des Problems trifft. Zur Erinnerung nochmals das Zitat:

*"Es sind MENSCHEN, die ein Existenzrecht und Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit haben. Staaten, welche dieses Recht systematisch und mit derartiger Grausamkeit mit Füßen treten, haben jedes Existenzrecht verwirkt, auch wenn sie sich ein Fassadendemokratisches Mäntelchen umhängen."*

Nach Veröffentlichung des Artikels bekam ich etliche Anfragen, wer dieser Ginsberg ist und in welchem Zusammenhang er dies von sich gegeben hatte. Die Antwort lautet, dass das Zitat aus einem Brief stammt, den Ginsberg an die Verfasser und Organisatoren eines offenen Briefes von 1.000 deutschen Literaturschaffenden geschrieben hatte. Stromlinienförmig konform mit der Bundesregierung in Berlin haben die Tausend deutschen "Intellektuellen" in ihren offenen Brief versucht, sich als die besseren Juden zu profilieren.

Der Brief der Tausend war nämlich gegen einen anderen offenen Brief von über 100 in Deutschland beheimateten jüdischen Künstlern, Schriftstellern und Wissenschaftlern gerichtet. Er war am 22. Oktober in der *taz* veröffentlicht worden. Darin klagen die Unterzeichner die deutsche Polizei an, Proteste gegen die israelischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit brutal zu unterdrücken. Zugleich werfen sie der deutschen Regierung vor, Demonstrationen sowie Appelle für Frieden und Meinungsfreiheit zu kriminalisieren. Unter anderen hoben der Brief einen besonders absurden Fall hervor, bei dem "eine jüdische Israelin festgenommen wurde, weil sie ein Schild in der Hand hielt, auf dem sie den Krieg, den ihr Land führt, anprangerte".

Praktisch alle von jüdischen Gruppen organisierte Versammlungen seien von der Polizei zum Teil mit angeblicher "unmittelbarer Gefahr" von "volksverhetzenden, antisemitischen Ausrufen" begründet worden. Diese Behauptungen dienten laut Meinung der 100 deutschen Juden nur dazu, "legitime und gewaltfreie politische Äußerungen, die auch Kritik an Israel beinhalten dürfen, zu unterdrücken".

Der Text des offenen Briefes der 100 jüdischen Intellektuellen kann mitsamt den Namen der Unterzeichner über diesen Link aufgerufen werden.

Gegen diesen Brief der 100 in Deutschland lebenden Juden haben dann 1.000 deutsche "links, liberal und konservativ denkende Autorinnen und Autoren" – so bezeichnen sie sich selbst – mit einem eigenen offenen Brief aufgetrumpft. Darin machten sich die Autorinnen und Autoren das Narrativ der Rechtsextremisten in der Netanjahu-Regierung zu eigen und verbeugten sich

unterwürfig vor dem Gesslerhut der deutschen Staatsräson, nämlich den Apartheidstaat Israel auf Teufel komm raus zu beschützen. In vorauseilendem Gehorsam, mit einem tiefen Kotau vor den Herrschenden und aus offenbar tief sitzender Angst, wegen Kritik an dem verbrecherischen Zionistenregime in Israel als Antisemit denunziert zu werden, haben diese 1.000 deutsche Literaten aus ihrer verengten Sicht heraus versucht, sich als "jüdischer" als die in Deutschland lebenden Juden darzustellen.

In ihrem offenen Brief klagen die 1.000 Literaten ihren eigenen Literaturbetrieb, der angesichts der schlimmen Gewalttaten der terroristischen Hamas angeblich "in einem an Bräsigkeit nicht zu überbietenden Schweigen verharrt", wohinter sie ein "Stillhalten" vermuten, "um bloß keinen Fehler zu machen? Um sich nicht angreifbar zu machen? Selbstbewusstes oder in irgendeiner Form dem grassierenden Antisemitismus die Stirn bietendes Schweigen jedenfalls kann es nicht sein", monieren die Tausend, um dann "allen in Deutschland, Österreich und der Schweiz lebenden Jüdinnen und Juden", "dem Staat Israel" (!!!) sowie "allen Menschen, die sich für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte, auch im Gazastreifen einsetzen" ihre Solidarität zu versichern.

Die Heuchelei in diesem Brief der Tausend, die zur Schau gestellte Tugendhaftigkeit der Verfasser und Gutmenschinnen und Gutmenschen war bereits schwer zu verdauen – aber mit dem Texteschub, dass ihre Solidarität auch "allen Menschen gilt, die im Gazastreifen (wo derzeit Massenmord und Massenvertreibung stattfindet) für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte einsetzen", siegte bei mir der Brechreiz.

Mit ihrem Brief haben die 1.000 "Gutmenschen" unfreiwillig demonstriert, dass sie weder von internationalen Rechtsnormen noch von den Zusammenhängen in und um den Gazastreifen einen blassen Schimmer haben. Tatsächlich haben sie sich mit ihren Unterschriften auf die Seite der rassistisch-zionistischen Gewaltextremisten in Israel und deren rechtsradikale Netanjahu-Regierung gestellt. Zugleich sind sie den friedliebenden Juden in den Rücken gefallen, die in Israel und rund um die Welt auf den Straßen gegen den Massenmord im Gazastreifen demonstrieren.

Der offene Brief der Tausend samt Namen der Unterzeichner kann über diesen Link aufgerufen werden.

Es war vor diesem Hintergrund, dass der eingangs zitierte Ginsberg eine kurze, aber treffende Replik an die E-Mail-Adresse der Gruppe geschickt hat, die den offenen Brief der Tausend organisiert hatte.

Seine Kritik an den 1.000 literarischen Hilswilligen und Unterstützern der unglaublichen zionistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit – nicht nur im Gazastreifen – ist bestechend scharf. Fakten und komplexe Sachverhalte sind stark kondensiert, aber deren emotionaler Inhalt wird dennoch mit voller Wucht vermittelt, was mich als Leser sofort gepackt hat. Da ich das weitervermitteln wollte, habe ich von Ginsberg die schriftliche Genehmigung bekommen, seinen Brief unverändert und ungekürzt zu veröffentlichen, denn auch ihm ist an einer weit möglichsten Verbreitung gelegen. Hier folgt Ginsbergs Mail:

*Betreff: Schluss mit der Anmaßung für Juden zu sprechen*

*Datum: Thu, 2 Nov 2023 13:41:25 +0100*

*Von: Oliver Ginsberg*

*An: offenerbrief.literaturbetrieb@gmail.com*

*An die Unterzeichnenden des Offenen Briefes,*

*als Nachkomme einer jüdischen Familie, die unter dem Faschismus bis auf eine Person ausgelöscht wurde, melde ich hiermit meinen schärfsten Protest an gegenüber ihrer Anmaßung für Jüdinnen und Juden in diesem Land sprechen zu wollen. Noch leben Menschen in diesem Land, die selbst oder deren Eltern und Großeltern Opfer der Shoah wurden. Diese haben eine eigene Stimme und benötigen ihre bevormundende, geschichtsvergessene und eurozentristische Fürsprache nicht.*

*Im Übrigen hat auch der Staat Israel nicht das Recht für uns zu sprechen. Dieser Staat ist selbst das Ergebnis einer Kolonialisierungsideologie, die in ihrem völkisch-chauvinistischen Gepräge den rassistischen Kolonialisierungs- und Missionierungsbemühungen früherer Jahrhunderte in nichts nachsteht. Wenn ihnen angesichts der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche die israelischen Streitkräfte schon zum wiederholten Mal an der palästinensischen Zivilbevölkerung verübt haben, angesichts des seit Jahrzehnten andauernden, illegalen und gewaltsamen Siedlerkolonialismus, angesichts der tausendfachen Schikanen, Verhaftungen und Folterungen in israelischen Gefängnissen nichts anderes einfällt als eine apologetische Bestätigung israelischer Selbstverteidigungsdoktrin, die nichts anderes ist als eine Legitimierung von Massenmord, dann wäre es besser ganz zu schweigen. Hören Sie auf in moralischer Überheblichkeit zu schwelgen. Sie haben nichts, rein gar nichts aus der Geschichte der Shoah gelernt.*

*Wer Israel jetzt noch unterstützt, setzt sich nicht für Jüdinnen und Juden und deren Nachkommen ein, sondern für ein militaristisch-koloniales Staatsprojekt, welches kein Existenzrecht für sich beanspruchen kann. Es sind MENSCHEN, die ein Existenzrecht und Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit haben. Staaten, welche dieses Recht systematisch und mit derartiger Grausamkeit mit Füßen treten, haben jedes Existenzrecht verwirkt, auch wenn sie sich ein Fassadendemokratisches Mäntelchen umhängen.*

*Was am 7. Oktober tatsächlich geschehen ist, wird vielleicht die Zukunft zeigen. Was wir bereits jetzt wissen, ist, dass die weit verbreiteten Narrative von geköpften Babys und Vergewaltigungen durch nichts belegt sind und dass viele Israelis im "friendly fire" ihrer eigenen Armee ums Leben kamen. Ein großer Teil der Getöteten auf israelischer Seite waren laut Ha'aretz Soldaten und Polizeikräfte. Es ist richtig, religiösen und nationalen Fanatismus und den Tod von Zivilisten zu verurteilen. Das gilt jedoch für beide Seiten und schon wegen des Umfangs noch viel mehr für die Zionistische. Sie jedoch ziehen es vor, einer bequemen Staatsraison zu folgen, der zufolge die palästinensische Bevölkerung kein Recht auf bewaffneten Widerstand gegen die israelische Besatzungs- und Vertreibungspolitik hat, Israel aber jedes noch so grauenhafte Kriegsverbrechen begehen darf und ungeschoren davonkommt.*

*Hören Sie endlich einmal den Jüdinnen und Juden zu, die sich konsequent auf die Seite der palästinensischen Seite gestellt haben. Folgen Sie Abigail Martin, Miko Peled, Norman Finkelstein, Gabor Maté, Noam Chomsky u. a., welche zu der Minderheit derjenigen gehören, welche diesen Konflikt in seinen wahren historischen und moralischen Kontext stellen. Und bitte, bitte verschonen Sie uns mit Ihren jämmerlichen Krokodilstränen. Wir werden nicht von Kritik an Israel bedroht, sondern von einem Mangel an Empathie politischer Entscheidungsträger in Deutschland selbst, welche – indem sie ihre völlige Kritiklosigkeit an Israel äußern – diejenigen verhöhnen, die am meisten unter Faschismus und Rassismus gelitten haben.*

*Solange von Ihnen keine Besinnung und kein Bedauern bezüglich ihrer einseitigen und*

*inakzeptablen Stellungnahme wahrzunehmen ist, werde ich die Unterschriftenliste nunmehr als literarischen Leitfaden verwenden, zu Autorinnen und Autoren, deren Werke keinen wesentlichen kulturellen Beitrag mehr versprechen.*

*Mit entsetzten Grüßen; Oliver Ginsberg*

Auf meine Bitte hin hat Ginsberg noch einige Angaben zu seiner Person gemacht, die ich hier weitergeben darf:

*Jahrgang 1961 – war 1980 an der Gründung der Grünen beteiligt, wandte mich nach dem Jugoslawienkrieg endgültig von der Partei ab. Zum familiären Hintergrund: mein Vater war als Halbjude bis zum Kriegsende in einem Arbeitslager in der Nähe von Breslau interniert, konnte mit dem Vormarsch der Sowjetarmee fliehen. Sein Vater Eliezer, dessen Bruder Rafael und die Eltern Nahman und Rahel Ginsberg kamen alle in Rumänien um. Die genauen Umstände sind mir nicht bekannt – nur das Todesdatum meines Großvaters, der 6 Wochen vor dem Einmarsch der Roten Armee in Bukarest ums Leben kam. Er wurde 49 Jahre alt.*

*Ich weiß nicht, ob es wichtig ist, das zu erwähnen. Es erklärt vielleicht meine persönliche Betroffenheit, aber eigentlich sollte jeder Mensch, der noch halbwegs Empathie fähig ist, gegen diesen Genozid in Palästina aufstehen.*

*Soweit in Kürze.*

*Herzliche Grüße*

*Oliver*

\* \* \*

## **Warum kehrt der "eiserne Besen" nicht? Das Russische Haus in Berlin, seine Feinde und seine Freunde**

<https://freedert.online/meinung/186290-warum-kehrt-eiserne-besen-nicht/>

19.11.2023

**Das Russische Haus in Berlin und sein Leiter Pawel Iswolskij sind seit Februar 2022 unter Dauerbeschuss. Tonangebend sind Medien und ukrainische "Aktivisten". Der Kampf um seine Schließung wird auch in den Anwaltskanzleien ausgefochten. Aber auch die Freunde des Russischen Hauses erheben inzwischen immer lauter ihre Stimme.**

*Von Wladislaw Sankin*

Das Russische Haus in Berlin (bekannt auch als Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur (RHWK)) wird jährlich von vielen tausenden Menschen besucht. Am Abend des 26. Oktober haben sich dort 450 Gäste versammelt, darunter auch zahlreiche Deutsche. Drei als "verdiente Künstler Russlands" ausgezeichnete Musiker aus Moskau – ein Pianist, eine Dombra-Spielerin und ein Tenor – haben anlässlich der Geburtstage zweier russischer Kulturgrößen, Sergei Rachmaninow und Fjodor Schaljapin, die sich zum 150. Mal jäherten, die Stücke von Tschairowski, Glinka, Rachmaninow, Arenski und anderen russischen Komponisten gespielt und gesungen. Auf höchstem künstlerischen Niveau – und kostenlos.

In den früheren Jahren waren es die ganzen Orchester und Tanzgruppen, die regelmäßig aus

Russland nach Deutschland reisten. Diesmal waren es lediglich drei Musiker, die nur dank eines italienischen Langzeitvisums auf dem Weg nach Rom einen Abstecher nach Berlin machen konnten. Aufgrund der strengeren Regeln für die Visavergabe und der komplizierten Flugverbindungen ist es im Zeitalter der Sanktionen kaum noch möglich, größere Künstlergruppen für eine Konzertreise zusammenzustellen. Daher besteht das Programm des Russischen Hauses im Jahr 2023 hauptsächlich aus Filmabenden und Ausstellungen.

Hinzu kommt ein recht abwechslungsreiches Bildungs- und Kursangebot für Kinder und Erwachsene sowie ein Café mit russischen Spezialitäten. Und was bleibt, ist die nach wie vor vorzügliche Lage direkt an der Friedrichstraße in Berlin-Mitte. Das Russische Haus in Berlin, das seine Türen im September 2022 nach einer halbjährigen Pause wieder öffnete, hat sich an die neuen Realitäten angepasst und fängt zu seinem 40. Jubiläum im nächsten Jahr wieder an, ehrgeizige Pläne zu schmieden. Allerdings hat das Russische Haus weiterhin viele Feinde.

### **"Ein Virus, der tötet"**

Es ist eine Szene wie in einem Film. Im Vorder- und Hintergrund hat das Geschehen mehrere "Ebenen". Es dämmt. Ganz vorne ist ein Polizeigitter zu sehen. Hinter dem Gitter stehen sechs Personen in weißen Schutzanzügen und Masken. Wie an einer Schnur sind sie mit einem Absperrband verbunden. In ihren Händen halten sie kleinere Plakate auf Englisch: "Russisches Propaganda-Virus tötet", "Nur gemeinsam können wir das Propaganda-Virus bekämpfen", "Bereinigt euren Newsfeed von russischer Propaganda". Die Vorwürfe gelten dem Russischen Haus, das sich dahinter befindet. Vor dem Eingang stehen mehrere Polizisten, eine Frau mit Kind kommt heraus. Im beleuchteten Foyer des Gebäudes ereignet sich etwas.

Es ist der 25. Oktober. An diesem Tag wird im Russischen Haus die Woche der Russischen Sprache eröffnet, an der mehr als hundert Sprachwissenschaftler und Russischlehrer aus ganz Deutschland und 17 anderen Ländern Europas teilnehmen. Sie sind nach Berlin gekommen, um Neues um Neues über Lehrmethodik zu erfahren und sich mit Kollegen auszutauschen. Ihre Eindrücke fassen sie in einer Reportage zusammen.

"Ein Russischlehrer ist wie eine lebende Brücke. Er muss seine eigenen Erfahrungen und sein Engagement übertragen", sagt der katholische Pfarrer Dr. Sebastian Hacker. Er ist der Vorstand des Verbandes der Russischlehrer Österreichs. "Ein Russischlehrer soll auf jeden Fall die russische Sprache lieben und alles dafür tun, damit die Schüler die russische Sprache ebenfalls lieben", sagt Elke Kolodzy aus Gera. Beide reden auf Russisch, ihre Gesichter strahlen. Die russische Seite bedankt sich bei ihnen und ihren Kollegen mit einem Empfang in der Botschaft und einem Konzert.

Nach Auffassung der Demonstranten darf aber eben das nicht passieren. Da die Liebe zur russischen Sprache und das Interesse am Land "übertragbar" sein können, seien sie Viren, die vernichtet werden müssen. "Im Anfang war das Wort, / und das Wort war bei Gott, / und das Wort war Gott. Im Anfang war es bei Gott. Alles ist durch das Wort geworden / und ohne das Wort wurde nichts, was geworden ist." So fängt das Johannes-Evangelium an. Das Wort ist das Sein. Wenn das Russische Haus schließt, dann wird es das Russische und damit das Russischsein in Berlin schwerer haben. Die Forderungen der Proukrainer, das Virus des Russischlernens zu beseitigen, offenbaren einen Willen zur Vernichtung.

Eine Drehorgel spielt die ukrainische Hymne, ein Tontechniker testet das Mikrofon – bald wird es laut vor dem Russischen Haus. Und es wird laut. Zunächst ertönt das obligatorische "Slawa Ukraini! Herojam Slawa!" (Ruhm der Ukraine! Ruhm den Helden!). Es sind die Stimmen von maximal drei bis vier Dutzend Menschen, die vor dem Gitter stehen. Die *Berliner Zeitung* schreibt von 150 Versammelten, gibt dafür aber keinen Bildbeweis an. Das Slogan-Programm ist an diesem

Tag wie immer das gleiche: "Stoppt russische Propaganda!", "Russian propaganda kills!".

Später wollen sie zum Außenministerium marschieren, um auch dort Stimmung gegen das Russische Haus in Berlin zu machen. "Wir gehen jetzt auf die Straße, um die Entscheidungsträger daran zu erinnern, wie gefährlich der russische Desinformationsvirus ist", sagt Vorstandsmitglied Eva Yakubovska. Bei jeder Aktion treibt sie die Menge mit lauten Sprüchen an.

"Berühmt" geworden ist der Emigrantenverein durch das symbolische Referendum zur Beschlagnahmung des Russischen Hauses und die Störaktion zum Neujahrsfest mit Väterchen Frost und Schneeflöckchen. Die beiden Märchenfiguren wurden in Anwesenheit der versammelten Kinder und Eltern als Geschöpfe der russischen Propaganda verunglimpft. Auch gegen Opernstar Anna Netrebko und ihren Auftritt an der Staatsoper Unter den Linden hat Vitsche protestiert – *RT DE* berichtete.

An diesen Tagen hat Vitsche eine "Untersuchung" veröffentlicht, die das Russische Haus in bester Manier der Kontaktschuld als Hort und Sammelort für allerlei zwielichtige Gestalten darstellt. Es sei "alarmierend", dass das "aufgedeckte Netzwerk offensichtlich aktiv daran arbeitet, die ukrainische Sache zu untergraben". Besonders "gefährlich" sind laut der Darstellung die Hilfsvereine, die Spenden für die bedürftige Donbass-Bevölkerung sammeln.

Die zweite "Einpeitscherin" ist die Vitsche-Sprecherin Krista-Marija Läbe. An diesem Tag hat sie ein Megafon dabei. Läbe ist deutsche Muttersprachlerin und schaffte es mitunter mehrfach ins deutsche Fernsehen, wo sie für uneingeschränkte Waffen- und Munitionslieferungen wirbt. Gefördert wird der Verein nach eigenen Angaben auch vom ukrainischen Außenministerium. Der Lobbycharakter der "Aktivistengruppe" ist mehr als offensichtlich. Könnte man also nicht behaupten, die ukrainische NGO verbreite gefährliche Desinformation, die Deutschland in den Krieg treiben könnte, und handle als versteckter Arm der nationalistischen Machthaber in Kiew? Auf die Idee, die Vorwürfe gegen das Russische Haus einmal aus der entgegengesetzten Perspektive zu betrachten und zu bewerten, kommt in Deutschland niemand.

## "Der eiserne Besen"

Im Gegenteil, in der Bundesrepublik hat Vitsche viele enge Freunde und Förderer. Sie sitzen in Redaktionen, Kultureinrichtungen, NGOs, Unternehmen und vor allem in den Regierungsparteien. Federführend ist dabei der ehemals grüne Politiker Volker Beck, der im September 2022 Strafanzeige gegen das Berliner Bezirksamt Mitte stellte. Nach seiner Auffassung unterliegt das Russische Haus Sanktionen und das Berliner Bezirksamt sei verpflichtet, die Sanktionen umzusetzen und die Kultureinrichtung zu schließen.

Daraus ist nichts geworden. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat die Ermittlungen, die aufgrund angeblicher Verstöße des Russischen Hauses gegen das Außenwirtschaftsgesetz geführt wurden, bereits Anfang des Jahres eingestellt. Bekannt wurde dies erst Ende September. Grund dafür ist, dass die "Verantwortlichen einen Diplomatenstatus haben". Nun legte Beck bei der Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens ein. Ihm zufolge müsste die Staatsanwaltschaft zumindest gegen jene Mitarbeiter in den Behörden ermitteln, die nicht einschreiten, die Verstöße gegen die Sanktionen hinnehmen und damit Beihilfe zu Straftaten leisten würden. Zudem schrieb er auch einen Brief an die Außenministerin Annalena Baerbock, in dem er unter anderem forderte, die Verantwortlichen des Russischen Hauses zu *Personae non gratae* zu erklären.

Unterstützt wird Beck vom Rechtsanwalt und Reserve-Offizier Patrick Heinemann. Er vertritt auch den Vitsche-Verein und schreibt Artikel für juristische Fachportale, in denen er für die Schließung

des Russischen Hauses wirbt. Er gehört zu jener Sorte Deutschen, für die das "Canceln" Russlands von der internationalen Arena eine Herzensangelegenheit ist. Das Russische Haus vergleicht er mit Dreck, der weggefegt werden muss.

*"Seit Anfang dieses Jahres ist eine neue Struktur für die Sanktionsdurchsetzung im Außenministerium geschaffen worden. Das ist ihre einzige Aufgabe und ich verstehe nicht, warum bisher nicht gelungen ist, dort mit eisernem Besen zu kehren",*

sagt er in einer Reportage der *Deutschen Welle*.

"Dort" ist an der Friedrichstraße 176–179, dem Sitz des Russischen Hauses. Neben Heinemann und Beck gibt es weitere Figuren des öffentlichen Lebens, die ungehemmten Hass gegen das Russische Haus verbreiten. Der Bundestagsabgeordnete Michael Roth (SPD) fordert bei jeder Gelegenheit die Schließung der Kultureinrichtung und nennt sie "Ort der Schande". Roderich Kiesewetter von der CDU bezeichnete das Russische Haus auf X als "Symbol für Russlands hybriden Krieg, der auch gegen Deutschland geführt wird". Und der Geschichtspräsident Jan Behrends geht auf Vitsche-Demos und fordert neben der Schließung des Russischen Hauses auch Auftrittsverbote für russische "Staatskünstler" in Berlin und Europa.

## Ein GRU-Agent!

Auf den ersten Blick sieht dieses Einwirken auf die öffentliche Meinung wie die Initiative einzelner Personen aus. Aber einiges deutet darauf hin, dass die Kampagne gegen das Russische Haus einen koordinierten Charakter aufweist, wobei das Setzen der entscheidenden Akzente den Medien überlassen bleibt. Solch ein Akzent und auch eine mögliche Bresche im Bollwerk Abzielung auf den "Diplomatenstatus" könnte die Kampagne gegen die verantwortlichen Personen sein. Erinnern wir uns an den bereits erwähnten Brief, den Volker Beck an das Außenministerium geschrieben hat, in dem er forderte, die Verantwortlichen zu Personae non gratae zu erklären. Die Ausweisung von Diplomaten ist eine gängige Praxis, wenn sie beispielsweise der Spionage- oder Agententätigkeit beschuldigt werden.

Im Februar veröffentlichte *The Insider*, ein Portal für investigativen Journalismus, einen Schmähartikel mit dem Titel "Geheimnisse des Russischen Hauses" über den Leiter der Einrichtung, Pawel Iswolskij (auch Pavel Izvolsky geschrieben). *The Insider* wird aus westlichen Geldtöpfen finanziert und auch in englischer Sprache herausgegeben. Der Autor Sergei Kanew stellt Iswolskij als korrupten Beamten mit Verbindungen zu Geheimdiensten dar. Wie sich später herausstellte, war in dem Artikel so ziemlich alles entweder frei erfunden oder manipuliert. Fast nebenbei weist der Autor auf einen von Iswolskij angeblich verheimlichten Eintrag im Moskauer Melderegister hin, wonach er in einem Offizierswohnheim für Kadetten der Militärkommandantenschule am Moskauer Stadtrand gemeldet sein soll. "Viele Absolventen der Schule dienen in der GRU oder spionieren für den SWR, den wissenschaftlich-technischen Nachrichtendienst der Außenaufklärung", schreibt Kanew vielsagend zu seinem "Fund".

Irgendwann tauchte bei dem in Litauen ansässigen Journalisten ein *RBB*-Drehteam auf, um den vermeintlich geleakten Eintrag aus dem Melderegister vom Bildschirm seines Computers abzufilmen. Die Frage liegt nahe, wie der *RBB* eigentlich darauf kam, dass Kanew überhaupt über dieses Dokument verfügt? Im Artikel war davon nicht die Rede. Mit dem deutschen ÖRR und seinem Millionenpublikum bekam Sergei Kanew jedenfalls den besten Abnehmer für seine "Enthüllung", den man sich wünschen kann.

Am 15. Juni erschien im *ARD*-Magazin *Kontraste* der Fernsehbeitrag "Das 'Russische Haus': Kulturzentrum oder Propagandastützpunkt?". Der *RBB* kommt ziemlich eindeutig zu dem Schluss,

dass das Kulturzentrum ein verdeckter Propagandastützpunkt ist, der nur wegen der Feigheit der Bundesregierung noch geöffnet bleiben darf. "In anderen europäischen Ländern wird es für die russischen Kulturzentren längst ungemütlich", stellt der *RBB* am Ende fast neidvoll fest. In der Mitte des Beitrags ist die Rede davon, dass das FBI den Leiter des Russischen Hauses in Washington der Spionage verdächtigte. Dieser Abschnitt war als Steilvorlage für die nächste Passage gedacht, mit Pawel Iswolskij, dem mutmaßlichen "Absolventen der Kadettenschule", als Protagonist.

Nach der Ausstrahlung des Beitrags zog Iswolskij gegen den *RBB* mit einer Unterlassungsklage wegen Falschdarstellung vor Gericht – und gewann. Er konnte beweisen, dass die Geschichte mit dem Melderegister erlogen war. Ihm zufolge hat der Autor des Berichts die Auszüge aus dem Melderegister illegal erworben und die Datei um den Eintrag mit der Adresse der Kadettenschule manuell ergänzt. "Es handelt sich eindeutig um eine Fälschung und ist in diesem Artikel nicht die einzige", sagte er im Interview mit dem in Berlin ansässigen Fernsehkanal OstWest. Der *RBB* musste die rufschädigende Passage aus dem Beitrag mit folgendem Hinweis entfernen:

*"Aus juristischen Gründen haben wir eine Passage über Pawel Iswolskij, den Leiter des Russischen Hauses in Berlin, entfernt."*

## Widerstand gegen "Canceln"

Was im *OstWest*-Studio stattfindet, ist ein Streitgespräch, die putinkritische Moderatorin Marija Makejewa verhält sich konfrontativ gegenüber dem Diplomaten, versucht ihn immer wieder aufs Glatteis zu führen und ihm ein Geständnis abzulocken, dass er den Job eigentlich ungern mache. Iswolskij geht auf die kleinen Provokationen nicht ein und bleibt in seiner Argumentation sicher. Auch das Schreiben eines deutschen Wirtschaftsverbandes hat seine Position gestärkt.

Das Sanktionsregime solle sich nicht gegen die Allgemeinheit der russischen Menschen und die russische Kultur richten, so der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Der Verein versucht mit diesem Brief, die Sanktionsgefahr vom Russischen Haus mit deutlichen Worten abzuwenden, allerdings mit zum Teil sehr merkwürdiger Argumentation. Die Schließung des Russischen Hauses etwa würde wunderbar Wasser auf die Mühlen der russischen Propaganda gießen. Doch genau dieses Ziel verfolgt eine ganze Meute aus deutscher Politprominenz und dem ihr zu Diensten stehenden Medientrupp seit mehr als einem Jahr vehement. Dies ist keine Erfindung der bösen russischen Propaganda, sondern eine handfeste Tatsache. Auch die zahlreichen Bildungs- und Kulturangebote des Russischen Hauses seien deshalb nützlich, weil auch erklärte Putin-Gegner sie wahrnehmen, so der Verein weiter.

Nichtsdestotrotz kann man den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. unter den gegebenen Umständen zu Freunden des Russischen Hauses zählen. Zu den weiteren Unterstützern zählt die Anwaltskanzlei Malmendier Legal. In einer mehrseitigen Pressenotiz haben die Anwälte der Kanzlei begründet, warum das Russische Haus unter keinen Umständen sanktioniert werden dürfe.

Das zentrale Argument ist dabei, dass das Russische Haus in Berlin ein unabhängiges Kulturinstitut ist, dem die Rechte einer deutschen juristischen Person zustehen. Festgelegt sind diese im Artikel 3 des Abkommens zwischen der deutschen und russischen Regierung über die Tätigkeit von Kultur- und Informationszentren vom 4. Februar 2011, der dieselben Rechte für das deutsche Pendant, die Filialen des Goethe-Instituts in Russland, vorsieht. "Diejenigen, die uns Vorwürfe machen, haben offenbar keine Kenntnis von unserem Programm, das keinen Deut von den im Abkommen festgelegten Kriterien für Kulturaustausch abweicht", betont Iswolskij.

Auch das Russische Haus in Berlin sei rechtlich als unabhängig von der durch die EU

sanktionierten staatlichen Agentur "Rossotrudnitschestwo" zu betrachten, betonen die Anwälte. Das erkennen auch deutsche Gerichte an. "Die Eigenständigkeit des Russischen Hauses und seine Fähigkeit, eigene Rechte gerichtlich durchzusetzen, wurde zu keinem Zeitpunkt von den Gerichten beanstandet", führen sie als Argument an.

*"Das Russische Haus ist eine eigenständige juristische Person, das von ihrem Träger oder von der Regierung der Russischen Föderation oder vom 'Kreml' etc. zu unterscheiden ist. In einem Rechtsstaat gilt der Grundsatz nulla poena sine lege – keine Strafe ohne Gesetz. Im Sanktionsrecht gilt das Listings-Prinzip: Wer nicht gelistet ist, ist nicht sanktioniert. Und das Russische Haus ist nicht gelistet",*

fasste die Kanzlei auf ihrer LinkedIn-Seite zusammen.

## Falsche Verdächtigung

Außerdem teilte die Kanzlei mit, gegen den Ex-Abgeordneten Volker Beck eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Berlin wegen falscher Verdächtigung gemäß § 164 StGB gestellt zu haben. Da sich Beck über die Aussichtslosigkeit seiner Strafanzeige gegen das Russische Haus und dessen Mitarbeiter im Klaren gewesen sein müsse, habe er dies zur Umsetzung politischer Ziele und zur Herbeiführung medialer Schlagzeilen genutzt.

Ist die rechtliche Situation mit dem Russischen Haus in Berlin nun ein für alle Mal zu seinen Gunsten geklärt? Seine Gegner verstehen die juristische Schwäche ihrer Position und pochen nun immer mehr auf eine politische Entscheidung der Bundesregierung. Doch diese will den Status quo, dass das Goethe-Institut und das Russische Haus weiterhin relativ ungehindert ihrer Tätigkeit in ihren jeweiligen Ländern nachgehen können, auch für die Zukunft beibehalten. Das geht aus einem an den Leiter des Russischen Hauses gerichteten Schreiben hervor. Diese Position lässt Pawel Iswolskij zumindest hoffen, dass die Bemühungen seines Kulturinstituts nicht umsonst sind:

*"Der Frieden wird einkehren und es wird die Zeit kommen, die verstreuten Steine zu sammeln. Wenn wir jetzt diese Brücke zerstören, müssen wir danach wieder von Neuem mit dem Bau anfangen."*

Das Russische Haus in Berlin ist noch weit davon entfernt, das Niveau des Rekordjahrs 2019 in absoluten Besucherzahlen wieder zu erreichen. Jenes war das Jahr der "Russian Seasons" in Deutschland. Damals fanden in den Räumlichkeiten des Russischen Hauses so viele Konzerte, Ausstellungen und sonstige Events wie niemals zuvor statt. Heute ist man froh, dass drei Musiker aus Russland es über die Grenze nach Berlin geschafft haben. Notgedrungen setzt man deshalb mehr auf das Kinoprogramm. Bildungs- und Kursangebote sind dagegen auf Wachstumskurs, wobei nun auch viele ukrainische Migranten und Neuankömmlinge aus Russland zur Nachfrage beitragen. Gestiegen ist auch die Anzahl der Deutschen, die beispielsweise durch Plauderrunden auf Russisch angelockt werden. Sie kommen ins Russische Haus und sprechen untereinander auf Russisch, um eventuell festzustellen, dass ihre vergessenen geglaubten Russischkenntnisse aus der Schule doch nicht so schlecht sind.

Bislang ist es nicht nötig gewesen, aber wenn es darauf ankommt, das Russische Haus durch Straßenproteste seiner Freunde zu verteidigen, werden ganz sicher sehr viele erscheinen.

\* \* \*

## Deutsche Propaganda: Wie "Die Zeit" ihre Leser in den Dritten Weltkrieg führt

<https://freedert.online/meinung/187593-deutsche-propaganda-wie-zeit-ihre/>

20.11.2023

**Die Ukraine verliert den Krieg. Das ist eine gute Nachricht, denn das bedeutet auch das Ende der westlichen Dominanz in den internationalen Beziehungen. Lediglich den deutschen Kriegsbefürwortern treibt es den Angstschweiß auf die Stirn. Sie fordern weitere Waffenlieferungen.**

*Von Gert Ewen Ungar*

Er ist einer der größten Kriegstreiber Deutschlands. Er sitzt dabei bequem in den Sesseln der deutschen Talkshows und weicht keiner Interview-Anfrage aus: Politikwissenschaftler Carlo Masala. Masala verdingt sich nebenberuflich als Professor an der Universität der Bundeswehr in München. Hauptberuflich ist er Propagandist. Sein aktuell wichtigstes Anliegen: die Ukraine durch deutsche Unterstützung in den Stand zu versetzen, einen Sieg über Russland zu erringen. Masala setzt dabei rhetorisch auf das Verbreiten von Angst.

In einem Beitrag für die Wochenzeitung *Die Zeit* malt Masala gemeinsam mit Nico Lange die Gefahr eines russischen Überfalls auf die EU an die Wand. Auch Lange ist Kriegstreiber. Er arbeitet für die Zeitenwende-Kampagne der Münchner Sicherheitskonferenz, mit der den Deutschen die Militarisierung und die deutsche Konfrontationspolitik schmackhaft gemacht werden soll. Masalas und Langes haarsträubende These lautet: Wenn die Ukraine gefallen ist, könnte sich Russland die ganze EU einverleiben.

*"Sirenen heulen. Handy-Warntöne schrillen tausendfach. Luftalarm in München, Frankfurt und Berlin. Marschflugkörper und Drohnenschwärme dringen in den deutschen Luftraum ein. Schon seit Tagen stehen auch deutsche Soldaten in Feuergefechten in den baltischen Staaten. In Reaktion auf russische Angriffe dort löste die Nato einen Artikel-5-Beistandsfall aus. Russland reagierte mit Raketen. [...]*

*Klingt das übertrieben? Nein! Falls Wladimir Putin seinen Angriffskrieg gewinnt, ist dieses Szenario realistisch",*

leiten die beiden Autoren ihren Beitrag ein.

Dann, so entwerfen sie ihr Horrorszenario weiter, fällt die freie westliche Welt und die Autokratien übernehmen das Ruder. Deshalb, so die Autoren des Textes, muss die Ukraine weiter mit Waffen versorgt und finanziell unterstützt werden. Sie muss über Russland siegen, sonst liegt die Welt in Trümmern.

Putins Angriff gelte der europäischen Sicherheitsordnung, behaupten Lange und Masala und führen damit ihre Leser hinters Licht. Sie täuschen ihr Publikum auch mit der Behauptung, Russland unter Putin habe imperialistische Ambitionen. Dies entspricht nicht den Tatsachen.

Die Sicherheitsordnung in Europa wurde nicht erst am 24. Februar 2022 angegriffen. Der Angriff erfolgte lange vorher. Spätestens mit der Einladung an die Ukraine zum NATO-Beitritt auf dem Gipfel in Bukarest im Jahr 2008 geriet die Sicherheitsarchitektur in Europa in Schieflage. Ein wichtiges, in der Schlussakte von Helsinki verankertes Prinzip wurde verletzt: die Unteilbarkeit von Sicherheit. Zwar besteht die Freiheit der Bündniswahl, diese wird jedoch dadurch eingeschränkt, dass dadurch das Gesamtsystem nicht aus der Balance gebracht werden darf.

Russland hat wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass mit der Aufnahme der Ukraine in die NATO eine rote Linie überschritten wäre. Der Westen hält bis zum heutigen Tage kompromisslos am Vorhaben fest, obwohl darin die Ursache des Krieges liegt. Ebenso hält die EU-Kommission unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gegen jede Vernunft und gegen das eigene Regularium daran fest, die Ukraine in die EU aufnehmen zu wollen. Damit ist auch die Frage geklärt, welche Region der Welt imperialistische Ambitionen hat. Russland ist es nicht. EU und NATO dehnen sich mit dem Ziel aus, ihre Ordnung aufzuzwingen. Hätte sich der Westen, hätten sich EU und Deutschland an den Geist von Helsinki gehalten, wäre der Konflikt mit Russland über die Ukraine niemals eskaliert. Der Krieg ist vom Westen gewollt. Sein Ziel ist, Russland zu destabilisieren und unter westliche Kontrolle zu bringen.

Damit aber ist das Problem umrissen, dem sich weder Masala noch Lange stellen wollen. Die Frage nach der Eigenverantwortung. Deutschland hat einen erheblichen Anteil an der Entstehung und der Eskalation des Konflikts. Vor dieser Tatsache verschließen die Autoren nicht nur ihre Augen, sondern auch die Augen der Leser. Sie werben für ein Weiter-So der Eskalationsstrategie, die bisher unzählige Menschenleben gefordert hat und die Ukraine ausbluten lässt.

Ja, Masala und Lange haben insofern recht, dass mit der absehbaren Niederlage der Ukraine die NATO massiv Schaden nimmt. Die NATO hat alles auf Sieg gesetzt und ist dabei, zu verlieren. Das wird die NATO ohne Frage nachhaltig schädigen – unter Umständen geht das bis hin zur Auflösung. Warum aber Russland nach einem militärischen Erfolg in der Ukraine nach Berlin durchmarschieren sollte, erschließt sich aufgrund der Faktenlage jedoch nicht. Russland hat im Gegensatz zur NATO und EU eben keine imperialistischen Ambitionen.

Dieser Teil des Beitrags ist bloße Angstretorik und daher unredlich. Es gibt keine Äußerung Moskaus, die auf die Planung eines Marsches auf Berlin unter vorheriger Einnahme der baltischen Staaten und Polens schließen ließe. Das ist grober Unfug und Masala weiß das auch. Es ist schon allein militärisch nicht zu bewerkstelligen. Der Beitrag verbreitet Desinformation mit dem Ziel, Panik zu erzeugen, um darüber die Bereitschaft für weitere Waffenlieferungen an die Ukraine zu erhöhen.

Putin plane die Neuordnung der Welt, schreiben die Autoren. Nach der Niederlage der Ukraine wäre die Zeit für diese Neuordnung gekommen. Die Autokraten der Welt übernehmen das Ruder.

*"Bereits heute sehen wir, wie China, der Iran und andere Akteure die Bereitschaft des Westens, für seine Werte und die liberale Weltordnung auch robust einzustehen, testen. [...] Die 'Neuordnung der Welt', wie es Putin unlängst ausdrückte, würde mit aller Macht und aller Gewalt voranschreiten."*

Ja, das ist in der Tat der Plan. Allerdings – auch da führt Masala seine Leser in die Irre – nicht im Sinne einer neuen, repressiven Ordnung, in der Freiheit unterdrückt wird, sondern im Gegenteil als ein Befreiungsschlag aus der jetzigen repressiven, westlichen Ordnung, hin zur Demokratisierung der internationalen Beziehungen. Das ist es, was Russland gemeinsam mit anderen Akteuren plant. Das ist kein Geheimnis, es wird öffentlich kommuniziert. Es ist nicht Unterdrückung und Repression, sondern Befreiung – von der westlichen Hegemonie, die von der Mehrheit eben nicht als liberal und frei, sondern als ungerecht und als Geißel erlebt wird. Geplant ist eine gerechte Weltordnung, in der alle Länder vor dem internationalen Recht gleich sind.

*"Ein russischer Sieg über die Ukraine würde das Ende der Welt, wie wir sie kennen, einläuten. Der Westen als Garant für Stabilität, Sicherheit und Ordnung wäre desavouiert. Revisionistische Akteure wie China, Russland, Iran und andere würden zusammen mit ihren"*

*Verbündeten ihre Vorstellungen von internationaler Ordnung durchsetzen."*

Dem ist sogar zuzustimmen. Die Niederlage der Ukraine läutet das Ende der westlichen Dominanz ein. Allerdings sind die Folgen eben nicht zwangsläufig negativ, sondern für den Großteil der Welt wünschenswert. Sich aus der Umklammerung des Kolonialismus und der regelbasierten Ordnung zu befreien, bei der der Westen die Regeln macht, an die er sich dann selbst nicht hält, ist für die Mehrzahl der Länder der Welt eine positive Perspektive. Der mangelnde Rückhalt gegenüber dem Sanktionsregime ist auch Ausdruck davon, dass sich die Welt von der westlichen Dominanz befreien möchte. Masala und Lang aber möchten das westliche Unrechtsregime aufrechterhalten.

*"Wollen wir die Welt, die wir kennen, retten, müssen wir gemeinsam mit der Ukraine seinen [gemeint ist Putin] Angriff abwehren. Die Belohnung dafür wäre die Mühen mehr als wert. Denn eine aus der russischen imperialen Umklammerung endlich vollständig befreite Ukraine als Mitglied von Nato und der EU würde Deutschland und Europa einen Schub an Sicherheit, Wohlstand und globaler Geltung geben. Gleichzeitig würden Putins Niederlage und als Folge einer solchen sein absehbarer Sturz Chancen für eine künftig friedliche und konstruktive Rolle Russlands in Europa eröffnen. Insofern ist eine Niederlage Russlands in der Ukraine auch im Interesse Russlands und seiner Gesellschaft."*

Der letzte Satz ist sowohl an westlicher Arroganz als auch an Gefährlichkeit kaum zu übertreffen. Der Wunsch, einen "Regime Change" in Russland herbeizuführen, ist genau das, was Putin im Inland stützt und ihm Zustimmungswerte beschert, von denen westliche Politiker nur träumen können. In Russland versteht man gut, dass der Stellvertreterkrieg in der Ukraine zwischen NATO und Russland auf die Souveränität Russlands abzielt. Man versteht, dass der Westen für sich das Recht in Anspruch nimmt, in anderen Ländern nach seinem Belieben und gegen die Interessen der Bevölkerung Marionettenregierungen einzusetzen.

Der Versuch eines Regimewechsels und die Zerschlagung russischer Souveränität wäre aber, auch das weiß Masala, nach russischer Nukleardoktrin der einzige Grund für den Einsatz von Nuklearwaffen. Es wäre daher kein "Schub an Sicherheit", sondern ein Schritt auf dem Weg in die vollständige Vernichtung Europas. Russland wird diesen Krieg nicht verlieren. Und das ist gut so. Die Welt hofft darauf. Nicht weil sie endlich autokratisch werden möchte, sondern weil sie sich aus der westlichen Autokratie befreien will. Für dieses autokratische Prinzip aber steht aus Sicht der Länder außerhalb des kollektiven Westens die NATO, dafür steht die EU und dafür steht auch Deutschland. Man hat das satt.

\* \* \*

## **Botschafter Netschajew: Der "Euromaidan" als ukrainische Tragödie**

<https://freedert.online/meinung/187600-sergei-netschajew-euromaidan-als-ukrainische/>

21.11.2023

**Vor zehn Jahren begannen die vom Westen großzügig geförderten regierungsfeindlichen Massenproteste in Kiews Stadtzentrum. Daran erinnert Sergei Netschajew, russischer Botschafter in Deutschland, in einem Gastbeitrag für "RT DE".**

*Von Sergei Netschajew*

Am 21. November 2023 jährt sich der Beginn der regierungsfeindlichen Massenproteste in Kiews Stadtzentrum zum zehnten Mal. Die Ausschreitungen hatten tragische Konsequenzen sowohl für die Ukraine und das ukrainische Volk als auch für die regionale und internationale Stabilität insgesamt.

Der Protestausbruch des vom Westen großzügig finanzierten "Euromaidan", der im Februar 2014 in einen verfassungswidrigen Staatsstreich mündete und radikale Kräfte an die Macht brachte, hatte eine stärkere Polarisierung der ukrainischen Gesellschaft zur Folge. *De facto* führte der Maidan zu einem Bürgerkrieg. Es kam zu einem maßlosen Nationalismus und Neonazismus, zu einer drastischen Zuspitzung der sozialen und wirtschaftlichen Situation sowie einer überbordenden Korruption und Gewalt.

Trotz aller Behauptungen, man fühle sich den Idealen der Demokratie, der Menschenrechte und Freiheiten verpflichtet, blies die ukrainische Regierung zur Jagd auf alle Andersdenkenden. Diese manifestierte sich in abwegigen Lustrationen, Drohungen, Verfolgungen und Morden. Aufgrund der sprachlichen Zugehörigkeit wurden innerhalb der ukrainischen Gesellschaft Gräben gezogen.

Die Diskriminierung der Rechte und Freiheiten der russischsprachigen Bevölkerung in den Bereichen Bildung und Kultur nahm nie dagewesene Formen an. Der militante ukrainische Chauvinismus wurde zur Staatspolitik erhoben. Verleugnet wurden die Grundfesten der Nachkriegsordnung: die Kollaborateure und Helfershelfer bei NS-Verbrechen wurden offiziell als Helden gefeiert, nach ihnen wurden Straßen und Prospekte benannt.

Zehn Jahre nach dem Maidan lässt sich mit Bitterkeit feststellen: Aus einem dynamischen und zukunftsgerichteten Staat, der eine feste Brücke zwischen Europa und dem eurasischen Raum hätte sein können, hat sich die Ukraine zu einem geopolitischen Gebilde entwickelt, das von Streitigkeiten zerrissen ist, seiner Vergangenheit abgeschworen und seine Eigenständigkeit eingebüßt hat. Sein ganzer Sinn und Zweck ist die Konfrontation mit Russland, ganz im Sinne des kollektiven Westens, der eine "strategische Niederlage" unseres Landes kaum abwarten kann.

Es sei daran erinnert, dass nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des "Kalten Krieges" die USA und ihre NATO-Verbündeten alle Schritte zurückgewiesen haben, die unser Land auf sie zugemacht hat. Der Westen hat seinen eigenen Zusagen, unter anderem mit Blick auf die Nichterweiterung der NATO, gebrochen. Moskau sollte gefügig gemacht und isoliert werden. Es galt, seinen Einfluss im postsowjetischen Raum einzudämmen. Unsere engsten Nachbarn wurden ausschließlich als gehorsame Randstaaten gesehen, als eine Art Cordon sanitaire, mit dessen Hilfe Russland weiter geschwächt werden sollte.

Besonderes Augenmerk galt dabei der Ukraine. Als entwickelte postsowjetische Republik mit immensen Industrie-, Agrar- und Forschungsmöglichkeiten hatte sie doch besonders enge historische Verbindungen, Handels- und Kulturbeziehungen zu unserem Land, ja ein schlichtweg verwandtschaftliches Verhältnis zu Russland. Wie der russische Präsident einmal deutlich machte, hätten die EU-Länder bei der Intensität der russisch-ukrainischen Zusammenarbeit vor dreißig Jahren nur neidisch werden können. Daher hat sich der Westen der Aufgabe verschrieben, die Ukraine von Russland wegzureißen und es zu einem neuen Integrationsniveau unserer Länder erst recht nicht kommen zu lassen.

Dazu wurde die innere ideologische Spaltung der Ukraine, die Käuflichkeit und verräterische Natur eines Teils der ukrainischen Elite genutzt, die übermütig glaubte, die Abkehr von Russland würde ihnen die Tür zu Wohlstand und Prosperität öffnen. Erste Bemühungen, die in diesem Sinne bereits 2004 unternommen wurden und zur "Orangen Revolution" führten, währten jedoch nicht lange. Dennoch löste die rücksichtslose Einmischung des Westens eine akute politische Krise aus, die im weiteren Verlauf chronisch wurde und tragische Entwicklungen in der Ukraine herbeiführte.

Der unmittelbare Auslöser des "Euromaidan" war eine Entscheidung des damaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch, der im November 2013 die Unterzeichnung eines EU-

Assoziierungsabkommens nicht einmal abgelehnt, sondern lediglich vertagt hatte. Der Plan war es, Konsequenzen für die Interessen Kiews und die ukrainischen Verpflichtungen gegenüber den GUS-Ländern abzuwägen. Gerade damals nutzten westliche Politiker die Verärgerung der Ukrainer über die Fehler der eigenen Regierung in zynischer Weise aus, frei nach dem Motto: "Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns." Von da an wurde ein gewaltsamer Machtwechsel vorangetrieben.

Die Gewalt hätte vermieden werden können. Dazu hätte das Abkommen zwischen Präsident Janukowitsch und den damaligen Oppositionsführern umgesetzt werden müssen, das im Februar 2014 zur Lösung der politischen Krise in der Ukraine unter Vermittlung Deutschlands, Frankreichs und Polens unterzeichnet wurde. Dieses Dokument sah eine "Regierung des Volksvertrauens", eine Verfassungsreform und vorgezogene Wahlen vor. Das friedliche Szenario entsprach aber nicht den Interessen der USA als Hauptsponsor des Maidan.

Die Tinte unter dem Vertrag war noch nicht trocken, als es in Kiew zu einem verfassungswidrigen Umsturz unter russlandfeindlichen Parolen kam. Als die EU-Garanten schnell eingesehen haben, wohin der Wind weht, haben sie die eigenen Vermittlungsbemühungen verleugnet und die Ergebnisse des Putsches eiligst akzeptiert. Von nun an unterstützten sie aktiv die antirussische Politik des neuen Regimes. Gegenwärtig lässt sich mit Sicherheit sagen, dass gerade die destruktive Rolle, die der Westen bei der Unterstützung der Putschisten gespielt hat, zu einer drastischen Polarisierung der ukrainischen Gesellschaft geführt und Voraussetzungen für einen großangelegten Bürgerkonflikt geschaffen hat. Dieser wuchs sich dann zu einer militärischen Konfrontation aus.

An diesem Kurs hielt der Westen auch später noch fest. Der Westen brauchte keinen Frieden in der Ukraine. Kiew missachtete demonstrativ die Minsker Vereinbarungen, die als alternativlose Grundlage für eine innerukrainische Lösung durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrates untermauert wurden. Deutschland und Frankreich, die als Mitautoren und Ko-Sponsoren des Friedensprozesses fungierten, haben konsequent unsere Appelle überhört, bei der Ukraine Druck zu machen und sie zur Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen zu bewegen. Im Nachhinein räumten die inzwischen ehemaligen Staats- und Regierungschefs der Ukraine, Deutschlands und Frankreichs ein, dass die Minsker Vereinbarungen nur nötig gewesen seien, um Zeit zu gewinnen, die Streitkräfte der Ukraine zu ertüchtigen und auf eine unvermeidliche militärische Konfrontation vorzubereiten.

Auch heute noch wird in der Ukraine ein aggressiver und schonungsloser Krieg gegen die eigene Kultur, Geschichte und Erinnerung geführt. Es wird Hass gegen alles Russische geschürt. Jeder Ukrainer, der sich anmaßt, auf Russisch zu denken und zu sprechen, russische Bücher zu lesen und russische Lieder zu singen, wird zum Feind erklärt. Die russisch-orthodoxe Kirche wird diskriminiert. Es werden Denkmäler abgerissen, Bücher verboten, unverhohlenen Nazi-Parolen gerufen und Nazi-Symbole gezeigt.

Wie der russische Präsident Putin deutlich machte, kann dieses "Anti-Russland"-Projekt nur bestehen, wenn Bilder innerer und äußerer Feinde aufrechterhalten werden, und das unter der Schirmherrschaft der westlichen Mächte. Wir werden es nie zulassen, dass in der Ukraine der Nazismus floriert und unser Brudervolk von den westlichen Strippenziehern gegen Russland missbraucht wird. Der Westen sollte sich das ganz genau merken.

\* \* \*

## **Botschafter Ljubinski zum Maidan: Ein tragisches Jubiläum – Worüber der Westen schweigt**

<https://freedert.online/meinung/187636-maidan-tragisches-jubilaem-worueber-der-westen-schweigt/>

21.11.2023

**Vor zehn Jahren begannen die vom Westen großzügig geförderten regierungsfeindlichen Massenproteste in Kiews Stadtzentrum. Daran erinnert Dmitri Ljubinski, russischer Botschafter in Österreich, in einem Gastbeitrag für "RT DE", bei dem er Geschichte und Hintergründe der Ukrainekrise beleuchtet.**

*Von Dmitri Ljubinski*

Am 21. November jährt sich heuer zum 10. Mal ein ganz tragisches Datum – der Beginn des sogenannten "Euromaidans" in der Ukraine. Zur Erinnerung: nach der Entscheidung des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch, die Verhandlungen mit der EU über ein Assoziierungsabkommen auszusetzen, waren damals brutale Straßenschlachten zwischen nationalistischen Gruppierungen und der Polizei in Kiew ausgebrochen. Diese ufernten schließlich mit tatkräftiger Brandstiftung durch EU und die NATO in einem Staatsstreich.

Erst am 21. Februar 2014 wurde zwischen Janukowitsch und der Opposition unter Vermittlung der deutschen, französischen und polnischen Vertreter eine Vereinbarung über die Beilegung der Krise erzielt. Die Mitunterzeichner – beide Außenminister Steinmeier und Sikorski, sowie der Außenministeriumsdirektor Fournier – dürfen wenig stolz darauf sein, das unter diesem Dokument bezeugt zu haben, denn es stellte sich als ein reines Ablenkungsmanöver heraus, das ausschließlich den Abzug der Polizeieinheiten bewirken sollte. Keiner der Putschisten hatte ernsthaft vor, die Waffen niederzulegen, eine von dem Abkommen vorgesehene „Regierung der nationalen Einheit“ zu bilden, oder die Neuwahlen des Präsidenten nur wenige Monate abzuwarten. Auch die westlichen "Vermittler" schien die Einhaltung dieser Vereinbarung herzlich wenig zu interessieren. Sie goutierten die Vertreibung des demokratisch gewählten Präsidenten und bezeichneten den Umsturz als „demokratisch“. Man braucht überhaupt nicht zu erwähnen, dass keiner der Schuldigen dafür zur Rechenschaft gezogen wurde.

Der Kiewer Staatsstreich trieb einen tiefen Keil in die ukrainische Gesellschaft, führte zum Aufstieg nationalistischer Bewegungen in westlichen Gebieten des Landes, der Verfolgung und Verbannung der russischen Sprache, sowie zur Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land. Die allerersten politischen Initiativen der neuen "Führung" in Kiew waren auf die Einschränkung der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung gerichtet. Schon am 23. Februar 2014 wurde das Gesetz außer Kraft gesetzt und dadurch der russischen Sprache der regionale Status in einer Reihe von Regionen entzogen. Nur wenige Wochen später wurde vier russischsprachigen Fernsehkanälen die Sendeerlaubnis entzogen.

Dies führte zu einer Welle von Protesten im Südosten der Ukraine – in Dnepropetrowsk, Donezk, Lugansk, Charkow und anderen Städten. Unter den wichtigsten Forderungen der Teilnehmer war die Durchführung eines Referendums über die Föderalisierung der Ukraine, sowie über den Status der russischen Sprache. Die zahlreichen Teilnehmer solcher Kundgebungen wurden zu Opfern von gewalttätigen Übergriffen seitens nationalistischer Gruppierungen. Ein schrecklicher Angriff in Odessa Anfang Mai endete besonders tragisch. Rechtsradikale Kräfte trieben Aktivisten, die für ein solches Referendum die Unterschriften sammelten, mit Gewalt in das Haus der Gewerkschaften und zündeten es an. 48 Menschen wurden lebendig verbrannt. Es erübrigt sich auch hier zu sagen, dass die Kiewer Putschisten an ernsthaften Ermittlung gar nicht interessiert waren – die Schuldigen

wurden weder gesucht noch gefunden. Ich bitte sie alle ganz ernsthaft sich dieses traurige Datum – den 02.05.2014 – vorzumerken – im Westen pflegt man nach eigenen willkürlichen "Regeln" solche neonazistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schnell vergessen zu lassen oder gar nicht zu bemerken.

Menschen im Osten der Ukraine begannen sich zusehend im eigenen Land entfremdet und diskriminiert zu fühlen. Sie wollten sich nicht mit den Entscheidungen einer illegitimen Regierung abfinden und nahmen ihr eigenes Schicksal selber in die Hand.

Am 7. April 2014 wurde in Donezk der Republikanische Volksrat gebildet, der die Unabhängigkeit der Donezker Volksrepublik (DVR) verkündete, die Lugansker Volksrepublik (LVR) wurde am 27. April 2014 ausgerufen. Daraufhin erklärte die illegitime Kiewer "Führung" den Beginn einer "Antiterroroperation" im Donbass – einen brutalen und blutigen Krieg gegen die Zivilbevölkerung des eigenen Landes. Nur mit riesiger Mühe konnten die aktiven Kampfhandlungen erst ein Jahr später beendet werden, als im Februar 2015 die Minsker Abkommen unterzeichnet wurden. Diese bestätigten die vollständige Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Die DVR und LVR erklärten sich bereit, nicht auf die Unabhängigkeit von Kiew zu bestehen. Ihre Autonomie im Bestand der Ukraine sollte bescheiden werden: die Beibehaltung der russischen Sprache (was vollkommen den Forderungen mehrerer internationaler Konventionen über die Rechte von Sprachminderheiten entsprach), die Bildung einer eigenen Polizei, das Recht auf Prüfung der Kandidaturen von Richtern und Staatsanwälten in diesen Regionen, sowie einige wirtschaftliche Privilegien. Ähnliche Vereinbarungen gab es bereits, z. B. zwischen der Republik Srpska und Bosnien Herzegowina.

Der vom UN-Sicherheitsrat bekräftigte Minsker Maßnahmenkomplex stellte eine reale Möglichkeit zur Beilegung des Ukraine-Konflikts dar. Diese wurde aber durch die willentliche Sabotage von Kiew und den westlichen "Garanten" Deutschland und Frankreich verpulvert. Angela Merkel, François Hollande und Petro Poroschenko haben später offen, zufrieden und sogar mit Stolz zugegeben, dass dieses Dokument nur Papier wert war, nie wirklich umgesetzt werden sollte, sondern lediglich dazu diente, Zeit zu schinden, um die Ukraine mit Waffen gegen Russland vollzupumpen.

All die folgenden Jahre gingen die Bombardements der Zivilbevölkerung und Infrastruktur im Donbass weiter, die Ukraine rüstete auf. Nach Angaben des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte sind bis zum 31. Dezember 2021 dem Konflikt in der Ukraine über 14.000 Menschen zum Opfer gefallen. Es war absolut offensichtlich geworden, dass keine Umsetzung der Resolution des UN-Sicherheitsrates oder der Minsker Abkommen in Sicht war. Die Ukraine hatte sich für einen "Plan B" entschieden. Es blieb Russland nichts anderes übrig, als die Unabhängigkeit der beiden Republiken anzuerkennen, mit ihnen Beistandsverträge zu unterzeichnen und militärische Hilfe zum Schutz der Bevölkerung vor der ukrainischen "Führung" zu leisten.

Kiew seinerseits vergeudete keine Zeit. Gesetz für Gesetz wurde dort das Verbot der russischen Sprache in der Bildung, in den Medien, sowie später im öffentlichen Leben festgelegt. Gleichzeitig wurden nazistische Handlanger, die Hitler und seinen Verbrecherherden begeistert folgten, in der Waffen-SS dienten und vom Nürnberger Tribunal verurteilt wurden, auf gesetzlicher Ebene zu Volkshelden erklärt. Das alles war klares Zeugnis davon, dass die Ukraine klar auf dem Kurs des Russenhasses und des Neonazismus ist.

Die friedens erzwingende spezielle Militäroperation geht weiter und wird mit voller Sicherheit ihre Ziele erreichen. Es ist aber auch wichtig zu betonen, dass Moskau von Anfang an für Verhandlungen offen war. So sind wir nur einige Tage nach ihrem Beginn dem Wunsch Kiews nach

Friedensgesprächen nachgekommen. Ende April 2022 präsentierte die ukrainische Seite in Istanbul eine Prinzipienliste, auf deren Grundlage sie bereit wäre, den Konflikt beizulegen. Wir stimmten zu und schlugen vor, diese vertraglich festzuhalten. Mitte April 2022 präsentierten wir solchen Vertragsentwurf. Die Rückmeldung darauf folgte nicht – es wurde Kiew einfach von seinen westlichen Kuratoren nicht erlaubt. Seitdem hörten wir nur unzählige Erklärungen von Selenskij und seiner Beraterhorde, die Ukraine sei nur dann zu Verhandlungen bereit, wenn "Russland besiegt und ukrainische Gebiete zurückerobert" wären. Derweil beschießt Kiew diese armen Gebiete tagtäglich und immer heftiger mit moderner, auch verbotener westlicher Munition – Wohn- und Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten – gerade die Menschen, die, wie sie behaupten, später unter ihre Verwaltung zurückkehren sollten.

Aber auch der Westen lässt sich immer tiefer in den Konflikt hineinziehen, überschreitet wiederholt seine eigenen roten Linien und ist bereit "bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen". Man fordert, dass die Ukraine keine Verhandlungen beginnen solle, bis Russland "auf dem Schlachtfeld besiegt" sei. Das sind offizielle sinnlose Erklärungen, die von Washington, Berlin, Brüssel, London, leider aber auch von Wien gedankenlos wiederholt werden.

Unter solchen Umständen sieht Russland keine andere Option, als die Fortsetzung der speziellen Militäroperation. Bis die Ziele vollständig erreicht sind – die Demilitarisierung und Denazifizierung der Ukraine, die Gewährleistung der Sicherheit Russlands und ihrer neuen Regionen. Und diese Ziele werden erfüllt, ob es dem Westen gefällt oder nicht. Sein totaler Fehler war es, unsere Vorschläge zur Architektur der europäischen Sicherheit im Dezember 2021 arrogant abzuweisen. Zu diesem Dialog werden wir unausweichlich zurückkehren, aber in Anbetracht neuer Bedingungen und Realien.

\* \* \*

## **Die Welt ist komplexer, als die USA planen können**

<https://freedert.online/meinung/187506-welt-ist-komplexer-als-usa/>

22.11.2023

**Die Vereinigten Staaten kommen einem derzeit wie ein alt gewordener, inzwischen impotenter Macho vor. Es hat etwas Faszinierendes zu beobachten, wie die detailliert ausgearbeiteten und in jahrelanger erfolgreicher Praxis entwickelten politisch-technologischen Projekte der Washingtoner Behörden eines nach dem anderen scheitern.**

*Von Oleg Jassinski*

Die Vereinigten Staaten kommen einem derzeit wie ein alt gewordener, inzwischen impotenter Macho vor. Es hat etwas Faszinierendes zu beobachten, wie die detailliert ausgearbeiteten und in jahrelanger erfolgreicher Praxis entwickelten politisch-technologischen Projekte der Washingtoner Behörden eines nach dem anderen scheitern. Die Welt und ihre Bewohner erweisen sich als komplexer und komplizierter als in den von Computersimulationen der Strategen in Washington errechneten Szenarien. Und dabei geht es nicht nur um das wirtschaftliche Scheitern in der kapitalistischen Konkurrenz mit China.

Der Grund für das Scheitern der imperialen Strategien ist das aufrichtige Missverstehen der unterschiedlichen Welten, Kulturen und Mentalitäten von Völkern, die noch nicht vollständig von der zivilisatorischen Walze des Westens erdrückt wurden.

Das völlige Scheitern eines komplexen, mehrgleisigen Plans zur Zerstörung Russlands, die Unfähigkeit, die Folgen eines professionell entfesselten Massakers im Nahen Osten zu bewältigen

und die völlig unklare Zukunft eines vorsätzlich zerstörten Europas fliegen wie ein zurückkehrender Bumerang auf die Vereinigten Staaten zu. Die Staaten Lateinamerikas und Afrikas, die ihre Beziehungen zu China, Russland und ihren regionalen Nachbarn neu ausrichten, werden endlich ihre eigene, unabhängige Entwicklung beginnen können.

Wenn ein Wunder geschieht und es in Washington Kräfte geben sollte, die das Scheitern des gegenwärtigen Projekts anerkennen, wäre das ein Sieg für alle, vor allem aber für die Menschen in den USA. Ich weiß nicht, wie hoch die Wahrscheinlichkeit dafür ist. Das Leben ist unergründlich und immer in der Lage, uns mit scheinbar Unmöglichem zu überraschen. Wir kennen viele Fälle, in denen sich ein Krebstumor, nachdem er sich dem Endstadium der Krankheit genähert hatte, aus Gründen, die der Medizin unbekannt sind, zurückbildete, verschwand und ein Mensch wieder gesund wurde.

Das bedeutet nicht, dass wir in Erwartung von Wundern zu kämpfen aufhören können. Ich wollte nur sagen, dass die Wunder auch auf unserer Seite sind. Aber damit sie eintreten können, müssen wir noch viel und hart arbeiten.

*Oleg Jassinski (englische Transliteration: Yasinsky), ist ein aus der Ukraine stammender Journalist, lebt überwiegend in Chile und schreibt für RT Español sowie unabhängige lateinamerikanische Medien wie Pressenza.com, Desinformememos.org. Er forscht über indigene und soziale Bewegungen in Lateinamerika, produziert politische Dokumentarfilme in Kolumbien, Bolivien, Mexiko und Chile. Außerdem ist er bekannt als Übersetzer von Texten der Autoren Eduardo Galeano, Luis Sepúlveda, José Saramago, Subcomandante Marcos und anderen ins Russische. Man kann ihm auch auf seinem Telegram-Kanal folgen.*

\* \* \*

## **Taurus-Lieferungen: Über Merkwürdigkeiten der deutschen Soziologie**

<https://freedert.online/meinung/187892-ueber-merkwuerdigkeiten-deutschen-soziologie/>

23.11.2023

**Ein Großteil der deutschen Öffentlichkeit trat schon immer gegen Lieferungen von Taurus-Marschflugkörpern an Kiew ein. Als das Thema vor Kurzem jedoch erneut von Politikern lanciert wurde, zeigten die Umfragewerte Schwankungen, die Zweifel an der Unparteilichkeit der deutschen Soziologie hervorrufen.**

*Von Gregor Spitzen*

Vor zwei oder drei Monaten, als in den Herzen der gesamten "progressiven" westlichen Öffentlichkeit noch ein Fünkchen Hoffnung auf ein mehr oder minder erfolgreiches Ende der viel beworbenen ukrainischen Offensive glimmte, heizten die deutschen Leitmedien mit ihren Publikationen aktiv die öffentliche Stimmung zu Gunsten von Taurus-Lieferungen an das Kiewer Regime an. Die Marschflugkörper wurden zu einem weiteren Anwärter auf den Titel einer "Wunderwaffe" und eines angeblichen "Gamechangers" und sollten nun die Leopard-Panzer ersetzen, die ruhmlos in den Steppen bei Cherson und Saporoschje verbrannten.

Es kam so weit, dass Bundeskanzler Scholz, der eine lange Denkpause einlegte und sich schließlich vernünftigerweise gegen das Risiko entschied, einem Affen eine Granate in die Hand zu drücken, wegen "Feigheit" und "Doppelzüngigkeit" nicht nur von Falken aus Mainstream-Medien wie dem *Spiegel* oder von olivgrünen Militaristen im Bundestag, sondern sogar von Parteigenossen aus der SPD kritisiert wurde.

Man muss dem Kanzler zugutehalten, dass er dem Druck nicht nachgab und die Entscheidung über den Verzicht auf Lieferungen deutscher Marschflugkörper in Kraft ließ. Es ist schwer zu sagen, was hierbei eine größere Rolle spielte – Scholz' staatsmännische Weitsicht und der Unwille, die deutsch-russischen Beziehungen noch weiter zu verschlimmern, oder das reale Stimmungsbild in der deutschen Gesellschaft. Denn nach Angaben von Soziologen trat eine beträchtliche, wenn auch keine überwiegende Mehrheit der Deutschen gegen die Lieferungen von Taurus-Raketen ein. So lehnten laut einer Umfrage von *ARD-DeutschlandTrend*, deren Ergebnisse auf der Seite des *ARD* am 18. August 2023 veröffentlicht wurden, 52 Prozent der Deutschen die Lieferungen ab, während nur 36 Prozent sie befürworteten.

Man mochte meinen, dass nach einem klaren "Nein" des Bundeskanzlers und seines Verteidigungsministers Boris Pistorius die Frage von der Tagesordnung gestrichen und aus dem medialen Feld durch ernstere Probleme verdrängt würde. Doch am 21. November erschienen auf der Webseite des deutschlandweit größten Online-Meinungsforschungszentrums Civey neue Angaben: Inzwischen sollten 49,3 Prozent der Deutschen die Taurus-Lieferungen befürworten und nur 45,9 Prozent sie entschieden ablehnen. Parallel dazu kam der Versuch von führenden deutschen Medien und Politikern – unter denen sich der grüne Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Anton Hofreiter, als besonders eifrig hervortat, das Thema von Lieferungen deutscher Marschflugkörper in die Ukraine in der Öffentlichkeit wieder hochzuschaukeln – deutlich zum Vorschein.

Zollen wir an dieser Stelle noch einmal Respekt an Scholz und Pistorius, die die Unveränderlichkeit ihrer Position bekräftigten. Nachdem bekannt wurde, dass der Kanzler dem Druck nicht nachgeben würde, ging die Kurve der Zustimmungswerte für Taurus-Lieferungen auf der Seite von Civey rapide nach unten. Gegenwärtig treten 44,4 Prozent der Deutschen für die Raketenlieferungen ein, während 48,5 Prozent diese Idee ablehnen.

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sich die öffentliche Meinung an einem einzigen Tag so schnell ändern kann. Natürlich könnte man solch beträchtliche Stimmungsschwankungen der ehrlichen Bundesbürger durch einen Zulauf von ukrainischen Bots oder einen technischen Fehler erklären. Dennoch ist die Gleichzeitigkeit des medialen Auftritts der Befürworter von Taurus-Lieferungen und ihr Versuch, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, offensichtlich.

Bisher behalten die Pragmatiker an der Spitze der deutschen Politik über die Falken die Oberhand. Doch offen gesagt sollte es der deutschen Gesellschaft Sorgen machen, dass die Letzteren in ihren Versuchen einer Revanche und einer Erzwingung des von ihnen gewollten Beschlusses nicht davor zurückscheuen, sich der öffentlichen Meinung zu widersetzen und zu diversen Manipulationen zu greifen.

*Übersetzt aus dem Russischen.*

**Gregor Spitzen** ist ein Journalist und Politologe. Man kann ihm auf seinem Telegramkanal [@Mecklenburger\\_Petersburger](#) folgen.

\* \* \*

Diese Auswahl von Texten, die *RT DE* im November 2023 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf *RT DE* keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2023. Alle Rechte vorbehalten.